

Nach fünf Jahren

Die Sozialdemokratie klagt an

Am fünften Jahrestag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler erneuert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands das Bekenntnis ihrer Todfeindschaft gegen die nationalsozialistische Diktatur.

Die Partei ist nicht tot. Die Diktatur selbst anerkennt sie als eine lebendige Macht, indem sie mit ihrer Gestapo und ihren Gerichten Krieg gegen sie führt. Ihre Anhänger sind ermordet, gefangen oder zum Verzicht auf jede offene Betätigung ihrer Gesinnung gezwungen. Die hinausgingen, um die Wahrheit zu sagen, werden von Land zu Land gehetzt. Aber dieser seit fünf Jahren geführte Ausrottungskrieg hat sein Ziel nicht erreicht. Die deutsche Sozialdemokratie lebt.

Sie erhebt an diesem Tage vor aller Welt öffentliche Anklage: Brandstiftung und Meuchelmord, Meineid und Verrat haben die Männer, die heute Deutschland regieren, an die Macht gebracht. Alle Gesetze der Menschheit sind in den Boden getreten. Das Recht des Volkes, sich selbst zu regieren, des Bürgers auf staatsbürgerliche Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz bestehen nicht mehr. Die Juden, eine wehrlose Minderheit, sind in den Rang einer Kaste unberührbarer Parias herabgedrückt.

Die Freiheit des wissenschaftlichen, künstlerischen, religiösen und politischen Lebens ist ausgelöscht, jedes Recht der Persönlichkeit auf freie Entfaltung vernichtet.

Männer und Frauen, die sich in Gesinnungsgemeinschaft gegen die Diktatur verbanden, warten in den Todeszellen auf ihr Schicksal. Zehntausende, die sich des gleichen Verbrechens schuldig gemacht, sind in Gefängnissen und Konzentrationslagern zusammengepfercht.

Die Diktatur kennt nur einen Feind die Wahrheit. Es macht keinen Unterschied, wer sie ausspricht: ein „Marxist“, oder ein Liberaler, ein Geistlicher oder ein Gewerkschaftsführer, der Papst oder Roosevelt. Das Volk darf die Wahrheit nicht hören, davon lebt sie. *Aber das Volk wird dennoch die Wahrheit erfahren, und daran wird sie sterben!*

Die Diktatur rühmt sich, die Arbeitslosigkeit beseitigt zu haben. In Wirklichkeit hat sie nur den weltwirtschaftlichen Aufschwung, der sich nach der Krise einstellte, auf unproduktive Ziele abgelenkt. Mit ihren Vierjahresplänen zwingt sie das Volk, Hab und Gut und Arbeitskraft für übersteigerte Rüstungen, autarkische

Experimente und grössenwahnsinnige Bauprojekte sinnlos zu vergeuden.

Kann der Bankrott ihrer Industriepolitik heute noch — trotz Rohstoffnot — durch schwindelhafte Finanzierungskünste hinausgeschoben oder verschleiert werden, so ist der Zusammenbruch ihrer Agrarpolitik längst offenbar. Er manifestiert sich in der chaotischen Ueberorganisation der Erzeugung, der zunehmenden Entblössung der Lebensmittelmärkte, in der Verzweiflung der Bauern über die unzähligen einander widersprechenden Zwangsvorschriften, der Sorge der Hausfrau um das tägliche Brot, zuletzt in der Notwendigkeit, zum Hohn auf die Parole „Volk ohne Raum“, hunderttausend ausländische Landarbeiter zu importieren.

Hitler hat sich in der „Erzeugungsschlacht“ mit seinem Darré die erste Niederlage geholt. Sein Göring und sein Funk werden dafür sorgen, dass weitere nicht ausbleiben.

Die Diktatur hat aus dem freien Arbeiter der Republik einen rechtlosen Lohnsklaven gemacht. Während die Reallöhne bis auf das Existenzminimum sanken, stiegen die Unternehmensgewinne. Während das Volk in immer tiefere Not gerät, bereichern sich die neuen Machthaber schamlos auf Kosten der Allgemeinheit.

Ein Trümmerhafen wird das Ende sein.

Die Diktatur brüstet sich mit ihren

Ein Manöver

Kräftige Antwort an Herrn von Neurath

Die braune Propaganda hat einen bekannten französischen Hitlerfreund nach Deutschland eingeladen, den reaktionären Publizisten de Brinon. Man hat den französischen Publizisten vor Würdenträgern des Dritten Reiches über die deutsch-französische Verständigung reden lassen — so wie deutsche Nazis und französische Stockreaktionäre sie auffassen. Der Franzose hat den Baldur von Schirach eingeladen, in Paris über — Goethe zu sprechen. Was hat Baldur von Schirach und was hat das Dritte Reich mit Goethe zu tun? Der Kern der Ausführungen des Franzosen aber war:

„Sollen wir nicht auch versuchen, dass zwischen unseren beiden Ländern ein Presseabkommen geschlossen wird, das Uebelwollen und Lüge missbilligt? Bemühen wir uns, dass das, was ist, bekannt wird, und dass man nichts behauptet, was nicht ist.“

Das ist es, was das Dritte Reich gern möchte, und deshalb hat man dies von dem Franzosen sagen lassen. Was sich hinter einem solchen Presseabkommen verbirgt, ist hinlänglich bekannt.

aussenpolitischen Erfolgen. Es ist wahr, dass sie das Gesicht der Welt verändert hat. Ihre ungeheueren Rüstungen und ihr gewalttätiger Sinn haben sie zu einem Schrecken für die ganze friedliche Menschheit gemacht. Man achtet sie nicht, aber man fürchtet sie. Man misstraut ihr, aber man paktiert mit ihr. Die deutsche Diktatur hat grosse Veränderungen in der Welt hervorgerufen. Ohne Hitler kein italienisches Abessinien und kein japanisches China! Ohne Hitler kein Franco in Spanien, kein Henlein in der Tschechoslowakei und keine Cagoullards in Frankreich! Wo aber sind die Erfolge, die diese Aussenpolitik dem arbeitenden Volke gebracht hat? Sie bestehen in einem schrumpfenden Anteil am Welthandel, einer wachsenden Rüstungslast und der Aussicht auf eine Niederlage in einem zweiten Weltkrieg.

„Während die Diktatur zum Kriege rüstet, bereitet sie auch schon die Lügen vor, mit denen sie ihn führen will. In ihrem angeblichen Kampf gegen den Bolschewismus sucht sie den Vorwand für ihre räuberische Absichten. Um sich selber als unschuldig erscheinen zu lassen, behauptet sie, die Emigranten seien es, die die fremden Mächte zu einem Krieg gegen Deutschland hetzten.“

Die deutsche Sozialdemokratie weist diese Behauptung als eine freche Lüge zurück. Sie wiederholt ihre Erklärung, dass sie, die Partei des Friedens, nie den Krieg gewollt hat und ihn auch heute nicht will. Nicht auf den

Spitzen fremder Bajonette kann dem deutschen Volke die Freiheit gebracht werden, es muss sie sich selbst erobern, wenn sie dauerhaft sein soll.

Die deutsche Sozialdemokratie rechnet nicht mit dem Wunder eines plötzlichen Umschwungs. Sie sagt ihren Anhängern, dass der Kampf gegen die Diktatur noch lange dauern und dass er noch unendlich viele Opfer kosten wird. Aber sie glaubt an das deutsche Volk und an die deutsche Arbeiterklasse. Ein Volk von der geistigen Kulturhöhe des deutschen, das schon in zwei revolutionären Anläufen um seine Menschenrechte gekämpft hat, das schon jahrzehntelang eine freigeählte Volksvertretung und weitgehende staatsbürgerliche Rechte besass, wird sich nicht ewig von Verbrechern terrorisieren lassen. Die deutsche Arbeiterklasse, Trägerin der edelsten menschlichsten Traditionen, hat ihre Rolle als Vorkämpferin der Freiheit für das ganze deutsche Volk noch nicht ausgespielt.

Fünf Jahre sind viel im Leben des Einzelnen, wenig im Leben der Völker. Die deutsche Sozialdemokratie ruft nicht zu übereilten Entschlüssen und vorschnellen Taten, wohl aber zur Sammlung aller Kräfte, zur geduldigen Vorbereitung und zur steten Bereitschaft. Niemand weiss, wann der Tag kommt. Jeder soll wissen: wenn er kommt, werden wir da sein!

30. Januar 1938.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Das braune Manöver mit reaktionärer französischer Hilfe hat eine blitzschnelle Zurückweisung erfahren. Am gleichen Tage, an dem der Völkische Beobachter den Bericht über diesen Empfangsabend veröffentlichte, schrieb der Populaire, das Organ der französischen Sozialisten, dass das französische Ministerium des Aeusseren feststelle, dass de Brinon keinerlei Mission habe. Der Populaire wandte sich dann gegen den Versuch, in Frankreich einen gefährlichen Feldzug gegen die Politik der Volksfrontregierung zu beginnen:

„Streut man nicht schon das Gerücht aus, dass Herr Yvon Delbos in wenigen Wochen nach Berlin gehen werde?“

Wir sind in der Lage, diesem Gerücht ein formelles Dementi entgegenzusetzen. Nichts dergleichen ist in Vorbereitung. Es ist nützlich, die Öffentlichkeit ohne Verzug vor dergleichen Illusionen zu warnen.

Wir wissen sehr wohl, dass eine gewisse Presse das Zusammentreffen zwischen Herrn Neurath und Herrn Delbos zu übertreiben bemüht war. Wer die Wahrheit über dies Zusammentreffen kennt, muss die Kommentare, die man darüber gewagt hat, einfach lächerlich finden. Zunächst ist es falsch, dass die Initiative zu diesem Schritt Neuraths von

Herrn François-Poncet ausgegangen sei. Die Tatsache, dass Herr von Neurath auf einen Berliner Bahnsteig gegangen ist, um Herrn Delbos mit übertriebener Liebenswürdigkeit zu begrüssen, hindert nicht, dass er am Abend zuvor gegen unseren Botschafter eine besonders brutale Sprache geführt hatte. Er hat es für nötig gehalten, unserem Minister gegenüber Höflichkeit zu simulieren, um sich den Schein des guten Willens zu geben, vielleicht auch, um den Anschein hervorzurufen, dass die Reise von Herrn Delbos in Mitteleuropa mit seiner Zustimmung und fast unter seiner Protektion erfolge.

In Wahrheit hat sich in der äusseren Politik des Reiches nichts geändert... Wenn man kaltblütig den Dingen auf den Grund blickt, erkennt man, dass die Ziele des Dritten Reiches sich nicht geändert haben, dass es nichts von seinen Ansprüchen auf Oesterreich und die Tschechoslowakei aufgegeben hat; um nur von diesen zu reden.“

Das ist eine kräftige und wohlverdiente Antwort auf die listigen Manöver der braunen Diplomatie. Sie hat sich geläuscht, wenn sie geglaubt hat, dass ihre Worte und ihre Gesten in ganz Frankreich für bare Münze genommen werden. Man lernt allmählich, ihr auf die Fäuste zu sehen und nicht aufs Maul.

Ein gegenrevolutionäres Instrument

Im „Berliner Lokalanzeiger“ wird daran erinnert, dass vor zwanzig Jahren — im Februar 1918 — die Ufa (Universum-Film-A. G.) gegründet worden ist. Dieser kurze Gedenkartikel zeigt die Linie der deutschen Gegenrevolution.

Am 4. Juli 1917 befiehlt Ludendorff, der damals allmächtige Diktator, die Vereinlichung der deutschen Filmindustrie und ihren Einsatz für die Kriegspropaganda.

Wenige Monate später schreibt Hindenburg an den Direktor von Strauss: „Wie mir der Leiter der Militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes meldet, ist die Bildung der neuen Universum-Film-Gesellschaft nunmehr gesichert. Durch diese Gründung ist ein Unternehmen von grosser nationaler, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Bedeutung geschaffen worden.“

Auf Befehl der Obersten Heeresleitung trat Major Crau in den Aufsichtsrat ein. Kaiserreich, Republik, Drittes Reich — Grau ist niemals ausgeschieden. Die militärische Gegenrevolution hatte immer ihre Hand in der Ufa.

Im Jahre 1927 erwarb Hugenberg die Ufa. Sie wurde ein wichtiger Teil des Hugenbergkonzerns, der seinem Wesen nach eine einzige Verschwörung gegen die Republik war. Heute rühmt der Lokalanzeiger, das einstige Hauptorgan des Hugenbergkonzerns:

„Nach der Erwerbung der Ufa durch Dr. Alfred Hugenberg und unter der Leitung von Generaldirektor Ludwig Klitzsch leistete die Ufa in der Systemzeit unschätzbare nationale Kultur- und Propagandarbeit.“

Für die Züchtung eines neuen militärischen Geistes in Deutschland hat die Ufa getan, was sie nur konnte — als ein Organ jener geheimen Regierungen, die in der Republik neben den verfassungsmässigen Regierungen bestanden haben.

Im Dritten Reich wurde Hugenberg beiseite geschoben — der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Goebbels nahm ihm die Ufa ab, die neuen Herren bereicherten sich auch an seinem Konzern. Aber die Entwicklung ist ganz logisch: Von Ludendorff und Hindenburg über Hugenberg zu Hitler und Goebbels. Und der Mann der Militärs, der Obersten Heeresleitung, der Reichswehr und des neuen Generalstabs war immer dabei. Das ist die Linie der deutschen Gegenrevolution.

Terrorjustiz

Führende Gewerkschafter verurteilt

Wegen Hochverrat und versuchtem Wiederaufbau der Gewerkschaften sind von der Terrorjustiz des Dritten Reiches verurteilt worden:

Heinrich Schlimme: 3 Jahre Zuchthaus. Jakob Scharfsschwert 6 Jahre Zuchthaus.

Trotz alledem! Sie brechen den Mut der deutschen Gewerkschafter und Sozialdemokraten nicht!

Ein Pressefrieden

Auf Kosten der Wahrheit

Als Frucht des Besuchs von Stojadinowitsch in Berlin ist eine Pressevereinbarung zwischen dem jugoslawischen Pressechef und Göbbels abgeschlossen worden. Der Sinn der Vereinbarung ist, dass die jugoslawische Presse in Zukunft keine Kritik mehr am Dritten Reich und an den politischen Schiebungen von Stojadinowitsch mit den Machthabern des Dritten Reiches üben darf. In amtlicher Sprache heisst das:

„Insbesondere war man sich darüber einig, dass die beiderseitige Presse gemäss dem Geiste des deutschjugoslawischen Verhältnisses es vermeiden sollte, Nachrichten oder Artikel zu veröffentlichen, die die guten Beziehungen der beiden Staaten zu stören geeignet sind.“

Wie es mit der Innehaltung der Gegenseitigkeit durch das Reichspropagandaministerium steht, ist hinlänglich bekannt. Hauptsache ist, dass die jugoslawische Oppositionspresse geknebelt

Die Kriegsautostrassen

Was man englischen Gästen erzählt

Es vergeht kaum ein Tag im Dritten Reich, an dem nicht Delegationen aus dem Auslande empfangen, bewirtet und als Sendboten des europäischen Friedens angepriesen werden. Vor kurzem bereisten 225 englische Verkehrsfachleute Deutschland auf Einladung des Generalinspektors für das deutsche Strassenwesen, Dr. Todt. Sie sollten, wie es in der Einladung hiess, das von Hitler geschaffene deutsche Autostrassennetz besichtigen. Wie wurde diese Besichtigung organisiert? Sie begannen mit einer luxuriösen Rheinfahrt, in deren Verlauf die Pokale perlten, Ehrensurme der verschiedenen nationalsozialistischen Stürme umringten die englischen Gäste mit einem festen Kordon, damit nur keiner versuche, in engere Berührung mit der Bevölkerung zu kommen. Bei jeder Gelegenheit gab es „unter Teilnahme der führenden Persönlichkeiten der Partei, der Wehrmacht und der staatlichen und kommunalen Behörden“ ein opulentes, die deutsche Not eindrucksvoll widerlegendes Festmahl.

Zum Abschluss der Reise drückte man sich im Kölner Gürzenich gegenseitig an die Brust. Der Führer der Engländer, ein Lord Wolne, erklärte, man sei „von dem übergrossen Mass der Gastfreundschaft überrascht gewesen und — dem grossen Herzen des deutschen Volkes näher gekommen.“ Dafür bedankte sich Dr. Todt unter anderem mit folgenden Worten:

„Als Ingenieure haben ich und meine Mitarbeiter nur die eine Sorge gehabt, die Reichsautobahn so dauerhaft wie nur möglich zu machen. Ich persönlich habe noch eine andere Sorge, dass sie durch einen Krieg zerstört werden könnte. Aus Liebe zu den neuen Strassen danke ich Ihnen deshalb besonders, weil Ihr Besuch der Verständigung und dem Frieden diene.“

225 englische Fachleute hörten sich das an. Hat wirklich keiner von ihnen gemerkt, dass die Strassen, die der Friedensengel Dr. Todt vor dem wilden Mars beschützen wollte, zu Kriegszwecken errichtet wurden,

um die deutsche Mobilisierung zu beschleunigen? Hat sich keiner von ihnen die Autostrassenkarte näher besehen, um zu erkennen, dass der grösste Teil der Hitlerstrassen militärstrategisch nach den Grenzen hin orientiert ist? Und dass die Solidität dieser Strassen sich vor allem erproben soll unter dem Rattern der motorisierten Lastzüge und der schweren Geschütze, die Europa „verständigungsbereit“ machen wollen?

Nach der Rede Todts, die das Abendessen beschloss, tanzte das Kölner Opernhaus-Ballett. Als sich die reizenden Mädchen in einer letzten pazifistischen Evolution vor den Gästen verneigt hatten, wurden diese in Autos zum Bahnhof gebracht, und dann ging es über Brüssel und Ostende der Heimat entgegen. Kein Zweifel: das Dritte Reich hat sich jenseits des Kanals wieder eine Reihe warmerherziger Freunde erobert, die in diesen vierzehn Tagen dem Pulsschlag des deutschen Volkes ganz nahe waren . . . H.

wird. Auf diese Weise frisst die Seuche der Lüge in Europa immer weiter.

Stojadinowitsch und Göbbels nennen dieses Abkommen gegen die Wahrheit und gegen die Freiheit der öffentlichen Meinungsäusserung in Jugoslawien eine „Abrede auf Treu und Glauben“, ein „Gentlemen-Agreement.“

Stojadinowitsch und Göbbels — und Treu und Glauben?

Rechtsunsicherheit Die Rechtsgestaltung in der Diktatur

Schon die primitiven Menschen hatten, als sie sich Rechtsordnungen gaben, ein Gefühl dafür, dass das Recht, wenn es diesen Namen verdienen soll, vor allem kontinuierlich sein muss. Recht ist, wonach man sich richten kann, sagt ein altes deutsches Rechtssprichwort. Die Sicherheit allen Rechtes beruht auf der Gleichmässigkeit seiner Anwendung. Um diese zu gewährleisten, haben die Menschen höchsttrichterliche Instanzen geschaffen und bestimmt, dass die unteren Gerichte an deren Rechtsauslegung gebunden seien.

Im Deutschland von heute beginnt sich das Gefühl für die Stetigkeit der Rechtsprechung in bedenklicher Weise zu lockern. Dafür zeugt zum Beispiel ein Notschrei des Reichsgerichts im neuesten Bande der amtlichen Sammlung in Strafsachen. Es heisst in R. G. Str. Bd. 71, S. 308 in einem Urteil 5 D 514-37:

„Dass das gesunde Volksempfinden Strafe fordert, reicht aber für sich allein nicht aus, eine Handlung zu bestrafen, die der Gesetzgeber bisher bewusst nicht mit Strafe bedroht hat. An dem erkennbar hervorgetretenen Willen des Gesetzgebers, eine solche Tat vorläufig noch nicht zu bestrafen, ist der Richter gebunden.“

Nicht alle Deutschen aber sind mit dem Reichsgericht in diesem Punkte einer Meinung. So steht zum Beispiel in der neuesten Nummer des „NS-Rechtsspiegel“ zu lesen:

„Oft genug kann man in den Urteilen der Obergerichte den Satz lesen, dass „die Gerichte lediglich das bestehende Recht anzuwenden haben“, dass es „nicht ihre Aufgabe sei, dem Gesetzgeber vorzugreifen“, dass „eine zweifelgehende Berücksichtigung rechtspolitischer Bestrebungen die Rechtssicherheit gefährden müsse“, oder auch, dass „der Gesetzgeber eine solche Regelung längst getroffen hätte, wenn er sie tatsächlich wünsche“ . . . Eine Berücksichtigung neuer nationalsozialistischer Rechtsgedanken wird auch nie die Rechtssicherheit gefährden können, denn unter Rechtssicherheit verstehen wir heute die Verwirklichung der Gerechtigkeit . . . Die Behauptung, dass der Gesetzgeber selbst die Regelung treffen würde, wenn er sie in diesem Sinne getroffen wünsche, ist deshalb wenig durchschlagend, weil er eben die Fülle der auftauchenden Fragen nicht auf einmal regeln kann . . . Aber auch da, wo er ein Gesetz erlassen hat, wird er nicht alle in der Vielgestaltigkeit des Lebens auftauchenden Fälle voraussehen und erfassen können!“

Das ist das genaue Gegenteil von dem, was das Reichsgericht unter Rechtssicherheit verstanden wissen will. Der NS-Rechtsspiegel hat Franck auf seiner Seite und den Strafgesetzentwurf sowie den wesentlichen Teil

der nationalsozialistischen Rechtsliteratur. Das Reichsgericht stützt sich nur auf alte Vorurteile und zirka 70 Reichsgerichtsrate im späten Mannesalter, die in absehbarer Zeit zu den Akten gelegt sein werden.

Das nationalsozialistische Publikum seinerseits gibt seine Stimme durchaus dem NS-Rechtsspiegel, nicht dem Reichsgericht. Wie sonst wären folgende Fälle zu erklären.

RG. Str. Bd. 71 S. 284 — 5 D 339/37 Der Angeklagte H. ist SA-Obertruppführer. Er hat in der Nacht vom 18. auf den 19. November 1936 in einer Gastwirtschaft auf Befehl seines Sturmbannführers, des Mitangeklagten M., den Arbeiter W. F. festgenommen, um ihn zur Polizei zu bringen. Der Tatrichter hat seine Annahme, M. habe bewusst rechtswidrig gehandelt, nicht aus einer Untersuchung über den Umfang der Dienstbefugnisse eines SA-Führers abgeleitet, sondern darauf gegründet, dass der Befehl mit der Stellung M. als SA-Führer nicht das geringste zu schaffen gehabt habe, dass der Wille M. s. vielmehr lediglich dahin gegangen sei, unter Missbrauch seiner Stellung einer persönlichen Verärgerung Luft zu machen.“

Der zweite Fall sei dem Zivilrecht entnommen. Das Reichsarbeitsgericht befasst sich in einem Urteil (Seufferts Archiv, Bd. 91 Heft 12 Nr 160) mit folgender Sache. Eine arische Firma hat durch ein Zeitungsinserat Handelsvertreter gesucht, die eine Winterjoppe als Saisonschlager mitnehmen sollten. Der Kläger, ein Jude, meldete sich auf das Inserat und holte für die Beklagte Aufträge im Gesamtwerte von 828 RM herein.

„Die Beklagte sandte ihm am 21. September 1936 die Aufträge zurück und schrieb dazu, sie bedauere sie nicht ausführen zu können; gleichzeitig bat sie um Rücksendung der Musterjoppe. Die Beklagte hat eingewendet, nach einer ihr erteilten Auskunft sei der Kläger Jude und geneiner Hetzer, deshalb könne ihr nicht zurechnet werden, die von ihm hereingekommenen Aufträge auszuführen und dafür Provision zu zahlen. Der Kläger hätte ihr mitteilen müssen, dass er Jude sei. Seine Eigenschaft als Hetzer ergebe sich daraus, dass er im November 1933 wegen Lügen- und Greuelpropaganda zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden sei. Auch diese Strafe hätte er mitteilen müssen.“

In beiden Fällen hat das Reichsgericht das Publikum zurückgepfiffen. Es hat angeordnet, dass der Obertruppführer bestraft werde. Es hat verfügt, dass die arische Firma dem Juden bezahlen müsse. Von dem rechtsgestaltenden Vorgehen des Obertruppführers und der arischen Firma hat es nichts wissen wollen. Wie lange noch? Das Reichsgericht übersieht, dass die Quelle der Rechtsunsicherheit der Staat in eigener Person ist, der Staat, der es wünschte, dass Menschen zum Tode verurteilt werden nach einem Gesetz, das zur Zeit der Begehung ihrer Tat noch nicht bestand (Lubbe-Prozess), der Staat, der die Analogie in sein Strafrecht einführt, der Staat, der Jahrzehnte bestehende Mischehen anfechten liess, weil sich der arische Eheteil angeblich über die Bedeutung der rasischen Eigenschaft des anderen getäuscht habe, der Staat, der das „marxistische“ Vermögen beschlagnahmte, weil seine Träger eine politische Ueberzeugung hatten, der Staat,

der durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums Tausende aus dem Amt jagte, weil sie Juden oder ihm politisch unbequem waren.

Dieser Staat hat die Rechtssicherheit selbst aufgehoben. Er hat Anarchie in die Herzen seiner Untertanen gesät. Was wird er ernten?

Die blauen Augen Goga, der nicht nach Rumänien passt

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ haben einen Sonderberichterstatler nach Bukarest geschickt, um den antisemitischen Ministerpräsidenten Goga zu besuchen. Also berichtet der Ausfrager:

Nun sitzen wir zu zweien vor Octavian Goga, dem Mann, der es sich zum Ziele gesetzt hat, den völkischen Gedanken in seinem Lande durchzuführen und sein Volk zu erneuern. Goga ist 57 Jahre alt, aber er wirkt mit seinem blonden Teint, mit seinen nach hinten gekämmten Haaren und seinem Temperament viel jünger. Am erstaunlichsten aber sind seine hellblauen Augen, die so gar nicht nach Rumänien aussehen.“

Wenn die blauen Augen Gogas so gar nicht nach Rumänien aussehen, wie passt dann sein Antisemitismus nach Rumänien, und wie will er es anstellen, dass alle schwarzblaugen und schwarzlockigen Vollblutrumanen blonden Teint und blaue Augen bekommen?

Sachlich berichtet der Ausfrager: „An seinem politischen Glaubensbekenntnis hält Goga fest, und dazu gehört als wichtigstes Nahziel auch ein Freundschaftspakt mit dem Deutschen Reich. Rumäniens Zukunft habe jedenfalls im Osten, von wo der Zerfall drohe, nichts zu suchen, sondern sei an das Bekenntnis zum Nationalismus gebunden.“

Carol wird sich freilich überlegen, ob er sich an Hitler mit Haut und Haaren verkaufen soll. Was man von ihm und Goga in Deutschland erwartet, ist jedenfalls klar.

Moderner Regierungsstil

Aus Maracaibo (Venezuela) ist ein seltenes Geburtstagsgeschenk für Ministerpräsident Generaloberst Göring eingetroffen. Kapitän Winand, der Kommandant des Hapag-Dampfers „Alemania“, der den Interkolonialdienst der Hamburg-Amerika-Linie in Mittelamerika-Westindien versieht, hat dem Reichsjägermeister eine Tigerkatze übersandt. Es handelt sich bei diesem schönen Tier um eine der in den südamerikanischen Tropen lebenden Pardelkatzen. (Deutsches Nachrichtenbüro.)

Regierungen, die nicht lügen

Vor einigen Tagen sprach im British and North American Luncheon Club in London Mr. John S. Steele, Chef des Londoner Büros der „Chicago Tribune“, über die Erfahrungen, die er als weiterfahrener Journalist mit den Behörden in den verschiedenen Ländern Europas gemacht hat. Dabei sagte er: „In all den Jahren, in denen ich mit britischen Regierungsstellen zu tun hatte, ist mir nicht ein einziger Fall vorgekommen, in dem ein Beamter gelogen hätte. Allerdings sind sie manchmal mit der Wahrheit zurückhaltend, wie es nicht anders sein kann. Ich kann dasselbe von einigen nördlichen Staaten sagen, den skandinavischen usw., aber leider hört es da auch auf. Ich will keinen Namen nennen, aber es gibt, wie ich glaube, einige Länder, in denen die Diplomaten das, was nicht ist, dem vorziehen, was ist, und wenn sie einmal doch zufälligerweise die Wahrheit sagen, glaubt ihnen kein Mensch.“

Plaidoyer für seinesgleichen — Wir sind keine Helden

Der Zufall will es, dass der fünfte Jahrestag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ziemlich genau mit einem anderen Gedenktag der deutschen Geschichte zusammenfällt, nämlich mit dem zwanzigsten Jahrestag des grossen Metallarbeiterstreiks, der im Januar 1918, mitten während des Krieges, die Welt überraschte. Dieser Streik ist in mehr als einer Beziehung interessant: er spielt in der inneren Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine bedeutende Rolle, und er hat noch im Jahre 1924 ein gerichtliches Nachspiel gehabt, das da zu befragen, den Tod Friedrich Eberts zu beschleunigen.

Was aber heute das weitaus Interessanteste an dem damaligen Riesenstreik ist das ist die Tatsache, dass er überhaupt ausbrechen konnte. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, dass in der mehrheitssozialdemokratischen Partei von damals noch wenige Wochen vorher niemand eine solche Entwicklung für möglich gehalten hätte. Es ist ebenso wenig ein Geheimnis, dass jener Riesenstreik nicht von der mehrheitssozialdemokratischen Partei vorbereitet wurde, sondern dass er gegen ihren Willen ausgebrochen ist. Erst der Druck der sozialdemokratischen Arbeitermassen, die im Streik standen und von ihrem Parteivorstand eine aktive Beteiligung verlangten, führte Ebert, Scheidemann und Otto Braun in das Streikkomitee, dem von der anderen Seite Dittmann, Haase und Ledebour mit angehört.

Ueber die innere Haltung der damaligen USP bin ich weniger gut unterrichtet, doch werde ich kaum Widerspruch erfahren, wenn ich sage, dass der Streik ihr ebenso überraschend wie uns — wenn auch vielleicht nicht ebenso unwillkommen — ausgebrochen ist. Der Streik hat zu kurz gedauert, als dass er für die Materialversorgung der Armee eine entscheidende Rolle hätte spielen können — überhaupt war die Rohstofffrage viel wichtiger als der Grad der Arbeitsbereitschaft — bei seinem Ausbruch konnte aber niemand übersehen, wie lange er dauern und welche Wirkungen er haben würde, Hang zu Abenteuern mit unberechenbarem Ausgang hat niemals zu den Charaktereigenschaften führender deutscher Sozialdemokraten gehört, gleichviel in welchem Richtungsstadium sie damals gestanden haben mögen. Ich glaube also auch von den meisten Genossen, die damals im USP-Lager standen, nicht, dass sie vom Ausbruch jenes Streikes entzückt gewesen sind.

Sozialpolitisch war durch Arbeitsgemeinschaft und Burgfrieden allen Streiks vorgebaut. Unternehmer und Gewerkschaften einigten sich über Löhne und Arbeitsbedingungen scheidlich-friedlich, wo keine Einigung zustandekam, entschieden die Behörden. Die Gewerkschaften wären die letzten gewesen, die einen Munitionsarbeiterstreik gewünscht hätten.

Auf ganz Deutschland lag die schwere Hand der Militärdiktatur. Zwar war sie im Verhältnis zu den heutigen Zuständen immer noch milde und human, immerhin war aber die Schutzhaft schon damals nicht unbekannt, und ausserdem hatten die Militärs gegenüber den Munitionsarbeitern noch ein anderes Druckmittel in der Hand, das die Nazi von heute, sicher sehr zu ihrem Leidwesen, noch nicht anwenden können, nämlich die Einziehung zum Frontdienst.

Wie also ist der Streik überhaupt entstanden? Wer schlug den Stahl an den Stein und liess den Funken springen, der erst in ganz Berlin, dann auch in vielen anderen Industriestädten das Feuer jäh auflodern liess?

Das waren die sozennanten „revolutionären Obleute“, von denen einer, Richard Müller, bei den späteren revolutionären Ereignissen in den Vordergrund getreten ist. Diese revolutionären Obleute standen in der USP auf dem linken Flügel, sie hatten bestimmt nicht die ganze Partei für sich, später bald, wie sich zeigte, den grösseren Teil gegen sich. Und die ganze USP war, wie sich ein Jahr darauf bei den Wahlen zur Nationalversammlung ergab, damals noch eine kleine Partei.

Gegenüber der Militärdiktatur, dem Block der bürgerlichen Parteien, den Gewerkschaften, der Mehrheitssozialdemokratie und — wahrscheinlich auch — der Mehrheit der eigenen Partei schienen die revolutionären Obleute also eine zu vernachlässigende Grösse nahe der Null, ein fast komisch anmutendes Häuflein Ohnmacht. Ihnen fehlten dabei auch — das darf heute ruhig ausgesprochen werden — durchaus die persönlichen Eigenschaften, die den Mangel der Quantität durch einen Ueberschuss an Qualität hätten ersetzen können. Im späteren Spiel der Revolution haben sie sich als mässige und nicht einmal immer sehr mutige Akteure gezeigt und trotzdem, und trotzallem, der Streik war mit einemal da!

Jahrelanger Gesinnungsdruck, seelische Ueberspannung, körperliche Unterernährung hatten den Boden geschaffen, der für den Ausbruch günstig war. Die Diktatur

Wir geben den beiliegenden Bericht über das Gespräch eines unserer Mitarbeiter mit einem hohen Gerichtsbeamten wieder, weil es einen bemerkenswerten Einblick in die seelische Verfassung „deutschen Rechtswahrer“ erlaubt. Die Schlussfolgerung über die geistige Korruption dieser Männer, denen ihre Erniedrigung im Dritten Reich nur zu einem Teil bewusst ist, bleibt dem Leser überlassen.

Es war ein recht soignierter Herr, der Herr Landgerichtsdirektor aus dem deutschen Westen. Warum sprach er sich mit mir, der flüchtigen Bekanntheit in einer Gesellschaft in Paris, offenbar aus, als es Deutsche während eines Ferienaufenthaltes im Auslande teute zu tun pflegen? Vielleicht hatte ihm die Atmosphäre eines freien Landes angeregt; vielleicht war es ein Versuch, den Wunschtraum eines unbewachten Meinungsaustausches zu verwirklichen, da er zurückmusste ins Dritte Reich.

Das Gespräch kam in Gang durch eine vorwitzige Frage: warum sich die deutschen Richter, unter ihnen Männer mit hohen Geistesgaben und bisher ungetrübtetem Gerechtigkeitswillen, in die Front der „nationalsozialistischen Rechtswahrer“ ohne erkennbaren Widerspruch eingeordnet hätten. Warum sie sich befehlen liessen, Führer und Partei und einer Formulierung von „Volk“ zu dienen unter Ausschaltung ihrer eigenen Verantwortlichkeit und unter Missachtung der Persönlichkeitsrechte, deren Anerkennung bisher für sie Gesetz und Pflicht gewesen sei.

Machtzauber und Menschenverachtung

Die Antwort war überraschend. Wer solche Fragen stelle, der verkenne, dass der deutsche Intellektuelle im Amte und nicht zum wenigsten der deutsche Richter „unpolitisch“ seien. Die Herkunft, die Standestradiation, die Ochsentour einer mühselig erkämpften Karriere hätten bei der grossen Mehrheit der deutschen Juristen lange vor Hitler die Schätzung der freiheitlichen Werte in der politischen, beruflichen und privaten Sphäre geschwächt. Der deutsche Richter war immer „rechts“, mehr noch im psychologischen als im politischen Sinne. Er erlag, wie die Menschen in anderen sozialen Schichten, der nationalsozialistischen Faszination. Das „Nationale“ habe, so sagte mein Gegenüber wörtlich, bei uns viel stärker gewirkt als das „Sozialistische“ — an das im Ernst keiner geglaubt habe. Aber der stärkste Impuls sei von der Idee der Macht und ihrer rücksichtslosen Ausübung ausgegangen.

Meine Frage lautete, wie das zu verstehen sei. In den Kreisen der deutschen Richter, so wurde ich belehrt, bedeute der Umstand, Macht zu haben und sie einzusetzen, mehr als in irgendeiner andern Gruppe von Staatsbeamten, wenn man vielleicht von der Exekutive absehe. Sie sei von einer autoritären Rechtspflege, welcher Staatsform sie auch diene, untrennbar. Für uns Richter habe die deutsche Republik ihr inneres Ansehen verloren, als ihr Mangel an Machtwillen evident gewesen sei, gerade auch uns Richtern gegenüber.

Eine weitere Tatsache — mein Gegenüber machte ein maliöses Gesicht — habe der Hitler-Bewegung lange vorher Machtergreifung viele Anhänger aus den Kreisen der höheren Justizbeam-

tenschaft zugeführt: „Man fühlte hier genau, dass die Kunst der Massenbehandlung, die die Diktatur meisterhaft beherrscht, auf einer tiefen Massenverachtung beruht. Das waren für uns verwandte Töne. Wir in der Strafjustiz begegnen täglich der Masse Mensch und lernen schon sehr früh, bereits von der Referendarzeit her, sie zu verachten. Massenverachtung ist aber die propagandistische Basis des Nationalsozialismus. Wir Richter wissen genau so gut wie die obere Führerschaft, welche suggestive Kräfte man zur Beeinflussung der Seelen anwenden kann wenn man leidlich geschickt ist. Was bei uns das „Geständnis“ ist, das ist heute in der deutschen Politik die widerspruchslose Zustimmung der Massendemonstration.“

„Was sollten wir tun?“

Mein Einwand war, ob man die deutschen Richter nicht selber in den grossen Massentopf geworfen und in Behälterempfänger der Partei-Exekutive verwandelt habe. Ich hatte damit, wie sich gleich herausstellte, eine empfindliche Stelle getroffen. Mein Gesprächspartner sagte etwas gepresst: „Was sollten wir tun? Unsere Existenz preisgeben? Nein, heroisch sind wir nicht veranlagt, mit Familie und wohnlichem Hause, mit Kindern bei der Hitler-Jugend und beim Bund Deutscher Mädels. Alle fügten sich — viele, bei weitem nicht die Mehrzahl, mit Zähneknirschen. Manchmal bricht der Groll hervor, wenn man „unter sich“ ist, im Beratungszimmer, wenn man sich wieder einmal umstellen muss, um einem neuen Dekret zu genügen.“

Das schlimmste für uns ist, dass die Grundlage des Urteils nicht mehr das Gesetz, sondern das „gesunde Volksempfinden“ sein soll. Eine so vage Formel widerspricht der Rechtsauffassung und der juristischen Schulung von Generationen. Besonders wir Älteren müssen uns fortwährend prüfen, ob unser Spruch dieses „Volksempfinden“ präsentiert, das wir durch Gesinnung und Tradition gar nicht haben und gar nicht wirklich kennen. Man hat uns zwar eine grössere Selbständigkeit in der Auslegung gegeben, aber innerlich zufrieden sind wir damit nicht. Wenn es nicht anders geht, so entlassen wir uns einfach selber aus der Verantwortlichkeit und ziehen uns bei unseren Entscheidungen formalistisch auf den Willen irgendeiner Partei-Instanz zurück. So kürzlich besonders drastisch in Hamburg. Hier klagte ein Jude gegen seinen arischen Teilhaber, der ihn widerrechtlich aus der Gesellschaft herausgedrängt hatte. Der Fall lag moralisch wie juristisch klar. Der Richter erkannte gegen den Juden mit der Begründung, dass die Forderung des Gauleiters über die Zurückdrängung des jüdischen Einflusses in der deutschen Wirtschaft für die Entscheidung des Gerichtes massgebend sei.

Im Streckbett der Partei

Mein Gegenüber wurde vertraulicher. Oft komme es vor, dass man in den Akten parteiamtliche Leumundzeugnisse über Zeugen oder Angeklagte finde. Sie seien in zahlreichen Fällen schon „vorbearbeitet“: das heisst, dass Staatsanwalt oder Untersuchungsrichter bereits nach parteipolitischen Gesichtspunkten ihre Meinung niedergelegt hätten, wobei man die Spuren irgendwel-

cher nationalsozialistischen Amtsstellen entdeckte. Am wenigsten aber könne er sich an die uniformierten Delegationen bei allen Prozessen gewöhnen, die auch nur entfernt das Politische streiften. Und dann die jüngeren Richter! Ein Stosseufzer kam aus einer sichtbar eingengten Brust: viele seien Ueberwachungsorgane; man müsse mit jedem Wort vorsichtig sein . . .

Eine besonders interessante Nuance dieses Bekenntnisses war die richterliche Angst vor den *Gerichtsberichterstatlern* des 3. Reiches. Früher habe man, wenn es sich um Berichtersteller von Qualität handelte, die Feder gefürchtet. Heute erheischen die Sterne und die Lützen der Leute von der Presse Respekt und vor allem Vorsicht. Vor einem halben Jahre sei ihm folgendes passiert: auf Veranlassung eines Gerichtsberichterstatlers sei ein bereits spruchreifes Verfahren, in das ein Parteigenosse verwickelt gewesen sei, dem Gericht entzogen und der Entscheidung der Parteinstanz auf höhere Anordnung überwiesen worden. So nähmen manche Prozesse plötzlich ein Ende, um in unkontrollierbarem Spezialgerichtsverfahren der Partei in München, in Berlin oder in der Gau-Hauptstadt weitergeführt zu werden oder völlig zu verschwinden. „Wir Älteren sind eben nicht immer zuverlässig und für manche Leute unheilbar liberalistisch.“ Die Selbstironie war etwas missglückt. Man spürte bittere Erlebnisse zwischen den Worten.

Rassische Grotteske

Der Schluss unserer Unterhaltung, die zu zwei Dritteln der rheinische Richter bestritt, befasste sich mit der *Judenfrage*. Er wollte wissen, ob man sich wegen der Absetzung der nichtarischen Richter und der Entfernung der jüdischen Anwälte im Auslande allmählich beruhigt habe. Ein Philosemit war er ersichtlich nicht. Ich bekannte meine Abneigung gegen die Rassenlehre und meine Zweifel an ihrer Richtigkeit. Er verteidigte sie, immerhin etwas lahm, wobei er Anekdoten aus der Praxis zum versöhnlichen Ende des Gespräches dreingab. Eine darf man wiedergeben, mit dem gebotenen Schleier über Ort und Zeit:

Der Führer der deutschen Rechtswahrer, Reichsminister Dr. Frank, hat bekanntlich den deutschen Richtern jede Berufung auf die zahlreichen *Gesetzeskommentare jüdischer Autoren* verboten. Befehlsgemäss sind sie den Säuberungsaktionen in den Gerichtsbibliotheken zum Opfer gefallen. Aber manchmal geht es nicht ohne sie, — vor allem, wenn es in einem Spezialfall nichts „Arisches“ gibt. So sei es denn jüngst vorgekommen, dass ein Landgerichtspräsident im deutschen Westen einen Boten zu einem älteren noch praktizierenden jüdischen Anwalt geschickt habe, um ein bestimmtes Standardwerk einwandfrei jüdischer Herkunft zu erbitten. Die darin begründete Entscheidung habe bald darauf einem wichtigen richterlichen Spruch der zuständigen Kammer zugrunde gelegen. Hier aber sei sie zum Bestandteil germanischer Rechtsauffassung geworden, belegt durch Zitierung arischer Juristen, die in den Jahren der Republik der Meinung ihres minderrassigen Kollegen bedenkenlos beigetreten seien.

Die Wissenden lächelten . . . H.

rengelände der deutschen Generale in Brest-Litowsk gegenüber den Vertretern der jungen russischen Revolution hatte in der Arbeiterschaft starke Empörung hervorgerufen. Es kam der Proteststreik in Wien, der von der dortigen nicht mehr ganz auf preussisches Durchhalten eingestellten Regierung vielleicht gar nicht so ungern gesehen wurde — jedenfalls sind die Wiener im Januar 1918 den Berlinern ebenso vorangegangen wie im März 1948 — und als der „Vorwärts“ wegen eines Berichtes über Wien von der Militärensensur für ein paar Tage verboten wurde, war kein Halten mehr.

Uns interessiert heute, im Zusammenhang mit den Ereignissen der Gegenwart sehr wenig die Frage, ob jener Streik „vernünftig“ war oder „unvernünftig“, ob er

glückliche Ergebnisse haben konnte oder zu schlimmen Dingen zu führen drohte. Was uns an ihm heute interessiert, das ist die gewissermassen naturgeschichtliche Beobachtung, dass durch den Druck der Militärdiktatur und der Lebensmittelnot alle Voraussetzungen für ihn geschaffen waren, sodass es nur einer winzigen Kraft bedurfte, um ihn in Bewegung zu setzen. Der Streik war auf einmal da als eine ungeheuerere Ueberraschung — gleichviel ob als peinliche oder als erfreuliche — ganz plötzlich war er da! Und dieses Ueberraschungsmässige, dieses Plötzlich-Unwahrscheinliche an ihm, das wir damals, je nach unserer Einstellung zu den Kriegsproblemen, sehr verschieden beurteilten, ist es, das heute auf uns alle als eine starke *Ermüdung* wirkt. Nichts ist verloren für

den, der zu beobachten versteht, Geduld hat und im rechten Augenblick zu handeln weiss!

F. Stampfer

Braune Flieger in Spanien

Die spanischen Regierungstruppen haben im Monat Dezember die folgenden deutschen Flieger abgeschossen und gefangen genommen:
Hans von Kessel, Rolf Pirner, Heinz Böttcher, Johannes Remling, Bruno Thielbein, Walther Seils, Georg Kohl, Hans Seiler, Hermann Schmidt, Leo Siegmund, Otto Polenz, Heinz Meyer, Hans Weber und Karlowski.

Berichte aus Deutschland

Wie sie schieben Markenschwindel mit Vieh

Aus Berlin wird uns geschrieben: Seit Monaten schon sind Gestapo und Kriminalpolizei in intensiver Arbeit bemüht, die beim Viehwirtschaftsverband Kurmark, Berlin, Eldenaerstr., aufgedeckten Schiebungen und Fälschungen aufzuklären. Da es sich bei den in diese Affäre Verwickelten ausschliesslich um Mitglieder der S. S., zumindestens aber der Partei handelt und alle bemüht sind, dicht zu halten, damit nichts an die Öffentlichkeit komme, bedurfte es einer gewaltigen Arbeit, um in diesen Saustall der Nazikorruption Licht zu bringen.

An der Spitze dieses Viehwirtschaftsverbandes, dessen Aufgabe es ist, dafür zu sorgen, dass das auf dem Hof eintreffende Vieh den Schlächtern in gesetzlicher Weise, d. h. gegen Marken, zugeführt wird, stehen die Herren Hübner und Dr. Osterkamp. Da beide stramme Nazis sind, sorgten sie dafür, dass beim Viehwirtschaftsverband ausschliesslich S. S. Leute und Nazis eingestellt wurden. Dieses Markensystem, das auf Grund der herrschenden Fleischknappheit eingeführt werden musste, benutzten die Angestellten und Vorsitzende dieses Verbandes dazu, sich einen hohen Nebenverdienst zu verschaffen.

Etwa um die Jahreswende 1936-37 wurde beim Viehwirtschaftsverband die Feststellung gemacht, dass sich eine bedeutend höhere Zahl von Marken im Umlauf befanden als dies auf Grund der an die Fleischer ausgegebenen und eingetragenen Marken der Fall sein durfte. Die zunächst in aller Stille geführte Untersuchung blieb erfolglos. Im Frühjahr des verflorenen Jahres wurden dann, zum Erstaunen aller anwesenden Schlächter 17 Mitglieder des Innungsvorstandes der Fleischerinnung auf dem Schlachthof verhaftet und abgeführt. Und zwar wurden die 17 beschuldigt, mit Marken und Fleisch geschoben zu haben. Am nächsten Tage jedoch trafen die 17 wieder auf dem Schlachthof ein. Da alle Mitglieder der allmächtigen Nazi-Partei waren, wurde die Angelegenheit vertuscht. Obwohl ein Teil dieser 17 Mitglieder, darunter der Obermeister Jakob Krayer, abgesetzt und durch neue ersetzt wurden, gingen die Schiebungen im selben Umfange weiter. Nach etwa 3 Monaten wurde auch hier wieder gesäubert, weil die Macheschaften in die Öffentlichkeit gedrungen waren und der neu ernannte Obermeister, Hans Brandt, der erst 35 Jährchen zählte und nur Obermeister geworden war, weil er zur alten Garde gehörte, sonst aber vollkommen unfähig war, diesen Posten zu bekleiden, wurde seines Postens enthoben.

Zur Verteilung und Klassifizierung des Fleisches wurden sogenannte Marktbeauftragte eingesetzt. Unter diesen Marktbeauftragten, die das Fleisch in die einzelnen Qualitäten einzuteilen hatten, befand sich nicht einer, der vom Fleischerhandwerk eine Ahnung hatte. Hierzu wurden nur alte Kämpfer eingestellt, alles Leute, die wohl Fleisch essen konnten, aber niemals die Qualität eines Tieres oder des Fleisches festzustellen in der Lage waren, was nur von Fachleuten geschehen kann. Auf Grund ihrer Unkenntnis kam es nicht selten vor, dass sie Fleisch, das nach fachmännischem Urteil zur ersten Qualität gehörte, in die dritte Qualität einreichten, und umgekehrt. Das gute Qualitätsfleisch wurde von diesen Marktbeauftragten nur an Leute abgegeben, die entweder ihre Freunde waren oder von denen sie sich Bestechungsgelder zahlen liessen.

Einer dieser Marktbeauftragten war der Assessor Worms. Worms wurde als Marktbeauftragter eingestellt, gleichzeitig wurde ihm die Untersuchung dieser dunklen Affäre übertragen. In dieser seiner Stellung nun übte Worms eine doppelte Funktion aus, einmal schob er mit Marken, dann aber führte er die Untersuchung dieser dunklen Affäre. Diese Doppelstellung konnte natürlich nur ein waschechter Nazi bekleiden.

Im Laufe dieser Untersuchung, die nun auch von der Gestapo und der Kriminalpolizei geführt wurde, wurden folgende Marktbeauftragte verhaftet: Wackernagel, Chef der Marktbeauftragten, ferner seine Mitarbeiter Machow, von Brezinski, Zellenleiter der Betriebszelle Viehwirtschaftsverband Kurmark, Maes, Störmer und noch viele andere. Diese Verhafteten gehörten zum grössten Teil zur alten Garde der NSDAP.

Anlässlich der Untersuchung ist nun noch bekannt worden, dass man von gewissen Seiten ganze Waggonladungen Fleisch und Tausende von Konservendosen sowie Schmalz und Speck verschoben hatte.

In Kürze finden in Berlin die Verhand-

lungen gegen die oben genannten Nazischieber statt. Wir werden nach Beendigung des Prozesses auf die Angelegenheit zurückkommen. Die Berliner Fleischer sind gespannt, was aus dem Prozess gegen diese „Schweinewirtschaft“ werden wird, da einflussreiche Faktoren eifrig bemüht sind, die ganze Angelegenheit zu vertuschen.

Raubzug auf Sterbekassen

Aus Hindenburg wird uns geschrieben: Seit Monaten ist die Arbeitsfront im ober-schlesischen Industriegebiet bemüht, die Betriebssterbekassen unter ihre Leitung zu bringen. Alle Methoden werden in Anwendung gebracht, um die Belegschaft zu betrügen. Kommt eine Belegschaftsversammlung infolge Beschlussunfähigkeit nicht zustande, so erklären Vertrauensrat und Kreisleitung der Arbeitsfront, dass die Mitgliedschaft schweigend den Beschlüssen der Arbeitsfront beistimme. Die nächste Folge ist, dass die früheren Beiträge aus dem Umlageverfahren in ständige Monatsbeiträge umgewandelt werden, von denen aber nur 50 Prozent in der Kasse verbleiben, während die sogenannten Ueberschüsse zu Staatsanleihen oder für das Winterhilfswerk verbraucht werden. Die Kreisleitung Hindenburg der Arbeitsfront zum Beispiel lässt auf verschiedenen Zechen ihre Vertrauensräte erklären, dass dieses oder jenes Werk bereits die Angliederung ihrer Sterbekasse an die Arbeitsfront vollzogen habe und dass die Ablehnung einfach als eine staatsfeindliche Haltung angesehen werden müsse. Trotzdem ist es der Belegschaft verschiedener Grubenanlagen gelungen, die Angliederung zu verhindern. Sind in den Sterbekassen keine Reserven vorhanden, so gibt auch die Arbeitsfront den Kampf auf, wo aber Reserven vorhanden sind, wird die Angliederung einfach durch Beschluss der Kreisleitung durchgeführt und die Beiträge werden dann einfach erhöht.

Dieses Betrugsmanöver sollte auch bei der Preussag in Hindenburg auf den Anlagen Delbrück- und Guidoschacht durchgeführt werden. Der Gesamtvertrauensrat der Preussag berief für den 9. Januar 1938 eine Belegschaftsversammlung aller Anlagen nach der Guidogrube ein. Etwa 2000 Arbeiter von 3500 erschienen. Als der Vertrauensrat Furich die Belegschaftsversammlung eröffnete und dem Kreisleiter Ring-Hindenburg das Wort erteilen wollte, der über die Angliederung referieren sollte, liess man Ring nicht zu Worte kommen. Die Arbeiter riefen: „Heraus mit ihm“, „Schwindler, Gauner, Betrüger“. Die Vertrauensräte am Vorstandstisch waren sprachlos. Auf diese Ueberraschung waren sie nicht vorbereitet. Ein alter Pg. Zajons aus der Belegschaft ergriff das Wort, ermahnte zur Ruhe und erklärte, dass Ring nicht sprechen dürfe, weil er ja nicht Mitglied der Belegschaft sei. Man habe erfahren, dass die Arbeitsfront die Sterbekassenreserven der Preussag, die 120 000 Mark betragen, beschlagnahmen wollte, und sie ohne Zustimmung der Belegschaft zu verwenden, das lasse sich die Belegschaft nicht gefallen. Als Kreisleiter Ring Miene

Schützengrabenvolk

Deutschland, das psychologische Rätsel

keit heute noch ein viel schlimmeres Los ist als vor 1933. Damals hatte sie das Elend der Arbeitslosigkeit dazu verleitet, dem Weg Gregor Strassers und Hitlers zu folgen. Inzwischen haben sie das Allheilmittel Hitlers kennengelernt: Beschäftigung in der Rüstungsindustrie, bei den Autobahnen und Luxusbauten der nationalsozialistischen Bewegung. Der Unternehmer ist noch mehr Herr im Hause als früher. Der Reallohn ist niedriger geworden, die Dividende des Unternehmers aber höher. Die ganze Wirtschaftsführung ist ein Teil des Machtapparates des Systems geworden.

Diese Entwicklung ist auch der Masse der Arbeiterschaft klar geworden. Wenn sie sich trotzdem für die „Kraft durch Freude“-Veranstaltungen, für Reisen und Kameradschaftsabende und alle übrigen Ablenkungen einnehmen lässt, so besagt das für ihre Gesamteinstellung wenig. Sie will und sie braucht die Ablenkung, weil ohne diese Ablenkung das Leben noch schwerer zu ertragen wäre. Sie bemüht sich auch selbst um die Ausgestaltung dieser Veranstaltungen, weil es andere Möglichkeiten der Betätigung nicht gibt, ohne mit dem Machtapparat in Konflikt zu geraten. So wie sich der Soldat im Schützengraben häuslich eingerichtet

hat, um dieses Leben nach Möglichkeit erträglich zu machen, so muss auch die jetzige Haltung der deutschen Arbeiterschaft verstanden werden. Die geringen Betätigungsmöglichkeiten, die das jetzige System der Arbeiterschaft lässt zur Erleichterung ihrer Lage, sind die Schützengraben-Annehmlichkeiten der faschistischen Diktatur, deren sich alle Arbeiter bedienen, deren Lebenssinn auf den Tag gerichtet ist. Eine solche Einstellung der Arbeiterschaft ist keine spezifisch deutsche Eigenart, sondern die logische Folge eines jeden Diktaturregimes."

Zweifellos ist an dieser Beobachtung viel Richtiges. Die deutschen Massen befinden sich in einem seelischen Schützengrabenzustand. Sie sind immer noch in politischen und anderen Dingen sehr verschiedener Ansicht, aber ein eiserner Druck und der Wille zur Kameradschaft hält sie zusammen. Schliesslich muss aber auch einmal der Tag kommen, an dem das Volk zu dem Zivilzustand zurückkehren wird, und dieser Tag wird dann für Deutschland sehr grosse Veränderungen bringen.

Deutsche Vorkriegsjugend

Was soll aus ihr werden?

Der Lehrermangel in Deutschland stört den Schulunterricht immer empfindlicher. In besonderem Masse beunruhigt es die verantwortlichen Stellen, dass Fabrikdirektoren, Handwerksmeister, Kaufleute über die Minderwertigkeit des Lehrlingsnachwuchses klagen. Dass in den Volks- und Höheren Schulen das allgemeine Bildungsniveau sinkt, erscheint den Herren erträglich, aber der sogenannte wirtschaftliche Aufbau darf nicht gestört werden. Deshalb hat der Reichserziehungsminister erklärt, für die Lösung des Vierjahresplanes sei „eine auch nur vorübergehende Störung oder Beschränkung des Unterrichts an den Berufsschulen untragbar“. Die nachgeordneten Stellen werden deshalb ermächtigt, „unter ausreichender Ueberwachung Gewerbe- und Handelslehramtskandidaten zur Unterrichtserteilung heranzuziehen.“ Das bedeutet: erst unterrichten, dann irgendwann einmal die dafür erforderlichen Examina nachholen.

Die Unordnung im deutschen Schulbetriebe erinnert lebhaft an die Kriegszeit. Man fragt sich allerdings, was diesmal „im Ernstfall“ geschehe, wenn Militär und Rüstungsindustrie die Lehrerseminare schon jetzt leer fressen.

Die Reichsbetriebsgemeinschaft „Verkehr und öffentliche Betriebe“, der Deutsche Gemeindegewerbeverband und die Hitler-Jugend haben gemeinsam einen *Ausbildungsvertrag für den Nachwuchs in den deutschen Gemeindeverwaltungen und Gemeindebetrieben* ausgearbeitet, dem in Zukunft alle Dienstanfänger unterworfen sein werden. Durch diesen Vertrag werden die „Gefolgschaftsführer“ verpflichtet, die jungen Menschen zur *eifrigen Erfüllung ihres HJ-Dienstes* anzuhalten und ihnen „bei besonderen Anlässen“ Urlaub zur Teilnahme an den Veranstaltungen der HJ zu gewähren. Besondere Anlässe sind nichts Besonderes, sie ergeben sich zwanglos in rascher Folge und stören die Arbeit schon heute merklich. Dafür kann aber „bei besonderen Leistungen“, z. B. für die *Sieger im Reichsbetriebswettbewerb*, eine *Verkürzung der Lehrzeit* um 1/2 Jahr eintreten. Bei der Auswahl dieser Sieger spielt die „weltanschauliche“ und sportliche Einigung eine so überragende Rolle, dass von einer beruflichen Auslese nicht die Rede sein kann. Der neue Lehrvertrag unterstützt also das Bestreben, die Behörden beim allgemeinen Leistungsschwund nicht zu kurz kommen zu lassen.

Aus Ostpreussen kommt die Nachricht, dass man allerorten beginnt, die Knaben und Halbwüchsigen — vom vierzehnten Lebensjahr aufwärts — für die freiwillige Feuerwehr auszubilden. So werden, wenn die Sechzehnjährigen wie ehemals sterben gehen, auch die Konfirmanden Gelegenheit haben, gefährlich zu leben.

machte, zu reden, erhob sich ein Sturm, sodass er sein Vorhaben aufgab.

Ein Gauleiter der Arbeitsfront aus Breslau, Pg. März, erbat das Wort und erklärte, dass er das Verhalten der Belegschaft nicht begreife, hier schienen Missverständnisse vorzuliegen, deshalb schlage er vor, dass die Belegschaft auf Fragebogen selbst zur Angliederung Stellung nehmen solle. Man liess den Gauleiter März aussprechen, als aber der Kreisleiter Ring das Wort ergreifen wollte, setzte wieder ein Sturm der Belegschaft ein und der Vertrauensrat Furich verlor die Nerven und beschimpfte die Belegschaft als Kommunisten, die man zur Ordnung bringen werde. Man rief die Werkscharen heran — in OS bilden sie zugleich den sogenannten Grenzschutz —, die die „Rädelsführer“ aus dem Zechenhaus entfernen sollten. Der Grenzschutzleiter Broja wollte auch an einige Leute herantreten, aber da erhoben die Anwesenden so heftigen Protest, dass die Werkscharen sich still verhielten und Broja selbst rührte sich nicht mehr vom Platz. Gauleiter März übersah die Situation und liess die Versammlung einfach schliessen. Die Ereignisse wickelten sich so rasch ab, dass der ganze Vorgang kaum 30 Minuten dauerte.

Als die Versammlung geschlossen wurde, lief die Belegschaft nicht auseinander, weil man verhindern wollte, dass der Gesamtvertrauensrat der Preussag über die Köpfe der Belegschaft hinaus irgendwelche Beschlüsse fasse. Von Mund zu Mund wurde beschlossen, die Fragebogen, die der Gauleiter März zur Angliederung vorgeschlagen hat, so zu beantworten, dass alles bleiben solle wie bisher. Alle anderen Fragen sollten unbeantwortet bleiben. Man befürchtete mit Recht, dass jede Ablehnung als Opposition betrachtet werden würde, weil ja der Vertrauensrat in Aussicht stellte, dass er die Rädelsführer schon herausbekommen werde. Der Pg. Zajons als Wortführer gegen die Arbeitsfront befindet sich noch in Freiheit, obwohl er mit seiner Verhaftung gerechnet hatte.

In der Arbeiterschaft der Zechen ist man der Ueberzeugung, dass die Arbeitsfront die Sterbekassen angliedern will, um neue Bonzenposten zu schaffen. Die Belegschaft der Ludwigglückgrube bei Hindenburg, wo man die Angliederung gegen einen Versammlungsbeschluss durchführte, zwang den Kreisleiter Ring zur Aufhebung der Angliederung, indem man gemeinschaftlich den Austritt aus der Sterbekasse erklärte. Freilich ist der Arbeitsfront das Manöver der Angliederung auf einigen Gruben gelungen, so in Heinitz und Beuthengrube bei Beuthen OS und Johannaschacht bei Klausberg, wo sogenannte Grenzgänger, Deutsche aus Polen, arbeiteten. Im allgemeinen aber kann gesagt werden, dass die Belegschaften alles versuchen, um den Raubzug der Arbeitsfront auf ihre Sterbekassen abzuwehren.

Der Diätenklub. Der sogenannte deutsche Reichstag wird am 30. Januar eine Rede Hitlers anhören. Damit hat der Diätenklub voraussichtlich auf Jahresdauer seine Funktion erfüllt.

Das andere Auslandsdeutschtum

Emigrantenbriefe aus fünf Erdteilen

Die Grenze zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei ist zweieinhalbmal so lang wie die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich. Sie wird auf ihrer gesamten Ausdehnung von waldreichen Gebirgszügen gebildet, über die hinweg sie an vielen Stellen noch heute verhältnismässig leicht „schwarz“ überschritten werden kann. Auch von Norddeutschland aus war es für manchen leichter möglich, nach der Tschechoslowakei zu gelangen als nach Frankreich, Belgien, Holland oder Dänemark. Diese Grenzverhältnisse im Zusammenhang mit noch anderen Umständen haben es mit sich gebracht, dass viele politische Flüchtlinge auf ihrer Flucht aus dem Dritten Reich sich zunächst nach der Tschechoslowakei wandten, auch wenn ein anderes Land ihr Ziel war.

So haben viele Flüchtlinge, die dann weitergegangen sind, in der Tschechoslowakei die erste Zuflucht gefunden. Mehr aber als ein Asyl und die opferwillige Hilfe der Gesinnungsfreunde, besonders der Arbeiterorganisationen in der Tschechoslowakei, konnte das kleine, in seinen Industriegebieten selbst von der Wirtschaftskrise schwer bedrängte Land den Flüchtlingen nicht bieten; die Arbeitsbewilligung gewährte es ihnen leider nicht. So ist die Tschechoslowakei das Durchgangsland gewesen für viele, die dann nach kürzerer oder längerer Zeit auf der Suche nach einer neuen Heimat, nach Arbeit und selbstverdientem Brot in andere Länder ausgewandert sind. Es war aber schwieriger, das Auswanderungsproblem für politische Flüchtlinge zu lösen als etwa für die jüdische Emigration, die zwar auch zu einem beträchtlichen Teil durch die Tschechoslowakei gegangen ist, für die aber von vornherein Palästina ein feststehendes Ziel war. Für die politische Emigration sah es in dieser Hinsicht anfangs nahezu hoffnungslos aus. Das kam deutlich in einem Artikel „Auswandern, aber wohin?“ zum Ausdruck, den der „Neue Vorwärts“ in seiner Nr. 78 vom 9. Dez. 1934 veröffentlichte und der so gut wie gar keine Aussichten offen liess. Glücklicherweise haben sich die Verhältnisse und Möglichkeiten dann als weniger ungünstig erwiesen, allerdings erst nach langwierigen und zähen Bemühungen der mit der Flüchtlingsfürsorge betrauten Stellen, und es sind Erfolge erreicht worden, von deren organisatorischen und finanziellen Vorbereitungen sich der Fernstehende gar keine Vorstellung machen kann.

Es ist im Laufe der letzten Jahre ein, wenn man es so nennen will, ganz neues „Auslandsdeutschtum“ entstanden, das sich über alle fünf Erdteile verteilt. Niemand hat 1933 geahnt, auf welche Entfernungen hin sich die deutsche politische Emigration verteilen würde — vom fernen Indien bis zu den südamerikanischen Kordillieren. Verteilen — nicht zerstreuen, denn die gleiche Gesinnung verbindet sie noch alle als ein unzerreissbares Band. Das ist besonders dann der Fall, wenn mit der Auswanderung zwar die materielle, nicht aber die ideelle Betreuung beendet war.

Beredtes Zeugnis dafür legt ein

97 Seiten starkes Heft ab, das jetzt von der sozialdemokratischen Flüchtlingshilfe in Prag herausgegeben und den Mithelfern bei ihrer schweren und verantwortungsreichen Arbeit im In- und Auslande zugestellt worden ist. Es vereinigt unter dem Titel „Emigrantenbriefe aus fünf Erdteilen“ einige sechzig Briefe von sozialdemokratischen Flüchtlingen aus 23 Ländern zu einer Sammlung, der über den augenblicklichen Zweck hinaus ein dokumentarischer Wert zukommt. Alle diese Briefe sind nach Prag geschrieben worden und in überwiegender Mehrzahl sind es Briefe von Auswanderern, die einige Zeit, viele einige Jahre lang in der

hung mit einigen Sätzen abgetan. Eine ganze Anzahl europäischer Länder fehlt in dieser Briefsammlung überhaupt, z. T. aus Gründen, die kaum einer Erklärung bedürfen. Es fehlen Holland, Oesterreich, Rumänien, Jugoslawien, Italien, Griechenland, Portugal, die baltischen Staaten und auch Russland, die Sowjetunion, das „Vaterland der Arbeiter“. Die Verhältnisse in den übrigen europäischen Ländern sind zu bekannt, als dass sie hier erörtert werden müssten. In einzelnen Fällen, so aus Bulgarien, Polen, Ungarn, berichten die Briefe über Erfahrungen in besonders gearteten Einzelfällen. Günstiger als aus dem übrigen

doch in dieser Beziehung keine Illusionen machen. Der schwedische Unternehmer beschäftigt auch lieber einen jüngeren als einen älteren Arbeiter. Ausserdem ist die Vorliebe für Deutsche, die früher unzweifelhaft stark war, in den letzten Jahren seit Hitler stark gedämpft worden, und es gibt Betriebe, die prinzipiell überhaupt keinen Deutschen beschäftigen.“

Jeder muss auch damit rechnen, als Ausländer immer nur aushilfsweise Beschäftigung zu finden und bei Gelegenheit als erster wieder entlassen zu werden. Aber:

„wer sich als gelernter Arbeiter Mühe gibt, kann hier Arbeit finden. Natürlich wird einem die Arbeit nicht auf den Präsentierteller gebracht und man muss sich sein Geld redlich verdienen. Aber man darf arbeiten — Welch ein Glück für arbeitswillige Menschen, denen jahrelang das Recht auf Arbeit versagt war.“

Die übrige „Alte Welt“, so geräumig sie ist, bietet deutschen Flüchtlingen nur wenig Raum. Aus Indien berichtet ein Auswanderer, dessen Fall obendrein ganz besonders geartet war, mancherlei Enttäuschendes. Eine kurze Nachricht aus Australien ist vorläufig nicht mehr als eine Erwähnung. Ausführlichere Berichte liegen aus Palästina und aus Südafrika vor. Die Briefe aus Palästina aber zeichnen ein nicht gerade verlockendes Bild. „Wenn wir ehrlich sind, reut es uns, dass wir hier sind“, so schreibt ein Flüchtling, der sein Glück in einer ganzen Serie von Berufen schon versucht hat. Und ein anderer gesteht, dass es ihm wirtschaftlich zwar gut gehe, dass er aber, obwohl er schon seit zwanzig Monaten in Palästina lebt, sich dort nicht eingewöhnen könne. Weniger pessimistisch urteilt ein dritter Briefschreiber, dem Palästina als Einwanderungsland auch für Nichtjuden geeignet erscheint.

Aus Südafrika berichten die Briefe übereinstimmend von günstigen Möglichkeiten für Metallarbeiter, Bauhandwerker und Spezialarbeiter verschiedener Branchen, besonders für jüngere Leute. Für kaufmännische und andere „Stehkragenberufe“ aber bestehen in Südafrika wie nahezu in allen Ländern so gut wie keine Aussichten. Allerdings datieren die günstigen Beurteilungen der Arbeitsmöglichkeiten für Einwanderer in Südafrika schon aus den Jahren 1935 bis 1937, während der letzte Brief vom Dezember 1937 von gewissen Verschärfungen in der Einwanderungsbeschränkung berichten muss, Verschärfungen die der faschistischen Propaganda in Südafrika, besonders unter den Buren, zu danken sind. Dazu kommen Befürchtungen, dass bei einem möglicherweise eintretenden Konjunkturrückgang die eingewanderten europäischen Arbeiter die einheimischen Weissen von den Arbeitsplätzen verdrängen könnten.

Aus Nordamerika berichten die vorliegenden Briefe von besonders gearteten persönlichen Fällen, die keine allgemeinen Schlüsse zulassen. Immerhin ist es bezeichnend, dass einer der in New York lebenden und arbeitenden Briefschreiber versichern kann: „Jetzt kann ich schon sagen, dass es mich nicht mehr reizt, nach Deutschland

Photographien

In Zeitungen, Aemtern, Kaffees, Galerien,
auf tausend Bildern, auf tausend Schildern:

ER.

Beim Reden und Schiessen und Stiefelausziehen,

im Stall, in der Stadt, im Gebirge, am Meer,

im Frack und in Uniform, tausendmal: ER.

ER — und im Hintergrunde das Volk.

Er, wie er im Kreise der braven Soldaten

verwegen am neuesten Flak-Geschütz dreht,

ER, festlich vereint mit den Herren Diplomaten,

ER, wie er ergriffen am Totenbett steht,

ER, wie er dem Hündchen mit Zuckerbrot schmeichelt,

ER, wie er am Berghang ein Märzveilchen pflückt,

ER, wie er den Kindern die Blondhaare streichelt,

ER, wie er dem Bergmann die Schwielfaust drückt,

ER — und im Hintergrunde das Volk.

Es fallen die Löhne, es steigen die Preise,

zum Brot fehlt das Felt, und das Brot ist aus Stroh. ...

Da bleibt er im Hintergrund, Glücklicherweise

ist das nicht sein Fach, und er weiss das nicht so.

Was die Giftgasfabriken im Land fabrizieren

und was in den Kerkern geschieht, bleibt verhüllt.

Der Kameramann muss es wegretouchieren.

Zurück bleibt, von stolzem Behagen erfüllt:

ER — und im Hintergrunde das Volk.

Doch brennt erst der Erdball — wer stirbt in den Flammen?

Er?

Hinter Drahtverhauen, in Dreck und Grauen —

Er?

Er schleppte in Jahren den Zündstoff zusammen,

doch geht es ans Sterben, dann „wollte er's nicht“,

dann bleibt er im Hintergrund, kleinlaut und schlicht.

Im Vordergrund stirbt — DAS VOLK.

Hugin

Tschechoslowakei gelebt haben und die von Prag die Reise in das neue Land angetreten haben. Nach den skandinavischen Ländern, nach England, nach Südafrika, nach Indien, nach den südamerikanischen Staaten sind sie ausgewandert, in ein neues fremdes Land und in ein neues Leben, in dem sie in vielen Fällen auch einen neuen Beruf erst erlernen mussten, um ihr Brot zu verdienen. Man kann den Worten in der Einleitung zu dieser Briefsammlung nur zustimmen, die von den Briefschreibern sagen:

„Wer diese Briefe liest, wird den Wagemut, die Tatenlust, den Lebensdrang, den Zukunftsglauben bewundern, mit denen diese Männer, Frauen und Mädchen sich in die ungewohnten Verhältnisse der fremden Welt schickten. Es sind tüchtige Menschen, die der Terror der Diktatoren in die ungewisse Fremde getrieben hat.“

Unter den vielseitigen Betrachtungen und Rückschlüssen, zu denen diese Emigrantenbriefe anregen, interessiert hier besonders das Auswanderungsproblem. Europa ist in dieser Bezie-

Europa lauten die Briefe aus den skandinavischen Ländern, die für viele zu einem ersehnten Auswanderungsziel geworden sind. Da sei aber ein wichtiger Umstand ausdrücklich betont: es sei jeder davor gewarnt, etwa die Einreise nach Dänemark, Schweden oder Norwegen auf eigene Faust, gewissermassen „illegal“ unter Umgehung der zuständigen Stellen in seinem jetzigen Aufenthaltslande und der Organisationen in dem jeweiligen skandinavischen Lande anzutreten.

Dänemark gewährt zwar in den anerkannten Fällen dem Flüchtling die Aufenthaltsbewilligung, die Arbeitsbewilligung aber ist nur schwer und fast nur in Ausnahmefällen zu erlangen. Günstiger liegen die Verhältnisse in Schweden und Norwegen. Dort ist der Wille, sobald als möglich durch die Arbeit sein Brot zu erwerben, geradezu Bedingung für die Aufnahme, wofür Aussicht besonders für Bauarbeiter und für Spezialarbeiter der Metallbranche besteht.

„Aber auch in vielen anderen Berufen ist unterzukommen. Man soll sich je-

heim zu kommen." Ein brauchbarer Wink kann für manche vielleicht der Hinweis sein, nach in USA lebenden Verwandten zu forschen, die dem Einwanderer behilflich sein können, überhaupt ins Land hineinzukommen.

Den breitesten Raum, 32 von 90 Seiten, nehmen in dem Heft die Briefe Südamerika ein, und da erwecken besonders die Briefe aus Bolivien und Columbien lebhaftes Interesse. Aber folgen wir der alphabetischen Anordnung. Gewisse Einreisewirksamkeiten bestehen für Argentinien, aber:

„Jedem, der die Einreise ermöglichen kann, würde ich sie anraten, vorausgesetzt, dass er jung und gesund ist und Lust hat zu arbeiten. Arbeitsgelegenheiten bestehen hauptsächlich in der mechanischen Industrie und in der Weberei, für Frauen als Hausgehilfinnen, Köchinnen, Friseurinnen, vor allem aber in der Textilindustrie.“

Allerdings dämpft eine andere Briefschreiberin etwa verlockende Vorstellungen sehr durch ihre drastische Schilderung der argentinischen Verhältnisse, während ein Privatlehrer, der in einer deutsch-schweizerischen Kolonie in der argentinischen Provinz Beschäftigung gefunden hat, berichtet:

„Bei aller Vorsicht glaube ich sagen zu können: Wer mit etwa 1000 tschechischen Kronen Bargeld zum Unterhalt für die ersten Tage das Land betritt, fürs erste zu jeder Arbeit bereit ist und vor allem aus Buenos Aires heraus in die Provinz gehen will, kann nicht in materielle Schwierigkeiten kommen. Arbeit, vor allem manuelle, ist in Menge zu haben. Vor allem finden Leute mit einigen landwirtschaftlichen oder handwerklichen Kenntnissen schnell relativ gut bezahlte Arbeit.“

Wohl die günstigsten Berichte in dieser Briefsammlung kommen aus Schweden aus Bolivien. Aus den acht bolivianischen Briefen klingt immer wieder die Versicherung: Wer arbeiten will und etwas kann, ist überall willkommen und findet bestimmt Arbeit. Aus einigen Briefen spricht das ganze Glücksempfinden darüber, nach jahrelanger erzwungener Untätigkeit wieder arbeiten zu können. Ein Mechaniker schreibt: „Mir geht es hier sehr gut. Ich habe Arbeit, die mein Herz erfreut und bin ein glücklicher Mensch“. Und ebenso froh gestimmt bekennt ein zweiter:

„Die seelische Depression, unter der ich litt und die daraus entsprang, dass

ich vier Jahre als Emigrant leben musste, war auf die Dauer unerträglich, Ihr könnt es mir ruhig glauben, dass ich mich jetzt wieder als Mensch fühle, da ich meinen Unterhalt selbst verdienen kann.“

Ein anderer, der als Maurer sofort Arbeit gefunden hat, berichtet:

„Elektriker, Schlosser, Mechaniker, Tischler, Zimmerleute finden im schlechtesten Falle binnen 14 Tagen bestimmte Arbeit.“

Mit gewissen Einschränkungen bestätigt das ein Klempner, der in Cochabamba sich selbständig gemacht hat:

„Reichtümer sind hier nicht zu holen. Ein tüchtiger Kerl, gleich aus welchem Handwerk, kann als selbständiger Meister sofort arbeiten. Die Deutschen werden als Qualitätsarbeiter und ob ihrer Pünktlichkeit gern beschäftigt. Handwerker finden in allen grossen Städten des Landes Arbeit. Doch wer herkommt, muss seine Ansprüche etwas zurückschrauben. Zuckerlecken gibt es nicht. Und auf die meisten Annehmlichkeiten des Lebens muss man verzichten.“

Brasilien bietet Möglichkeiten für Bauhandwerker, Metallarbeiter, Lederarbeiter, Schneider. Frauen finden Arbeit als Kinderwärtinnen, im Haushalt, im Büro. „Stenotypistinnen werden von deutschen Firmen dauernd gesucht.“ Allerdings stammen diese Angaben schon aus dem Jahre 1935; neuere Briefe liegen nicht vor und es war nicht festzustellen, inwieweit sich die Verhältnisse inzwischen etwa geändert haben.

Chile setzt der Einwanderung ziemliche Schwierigkeiten entgegen, wird aber verhältnismässig günstig bezeichnet für eine Reihe von Berufen, wenn der Einwanderer über gewisse, allerdings ziemlich hoch bezifferte Mittel verfügt, die es ihm ermöglichen, sich eine selbständige Existenz zu schaffen.

„Gute Handwerker werden nach etwa zwei Jahren ein auskömmliches Dasein führen können; die ersten zwei Jahre werden allerdings bitter sein. Unqualifizierte Arbeiter können hier nicht durchkommen. Qualifizierte Industriearbeiter für die Textil-, Auto- und Elektroindustrie sind mitunter sehr gesucht, müssen aber wirklich etwas können.“

Besonderes Interesse erweckt Columbien wegen des dort unternommenen Versuchs, deutsche Flüchtlinge im Hochlande zwischen den Zentral- und West-Kordillern als Kolonisten an-

zu ziehen. Es ist in jeder Hinsicht „Neuland“. Grosstädter, Industriearbeiter, Handwerker lassen sich als Siedler am Rande des Urwaldes nieder, und es wird wohl eine bittere Lehrzeit sein, die ihnen bevorsteht. Ueber Erfolge lässt sich vorläufig noch nicht berichten. Das Unternehmen steht noch ganz in den Anfängen, die ersten Schwierigkeiten sind noch nicht überwunden, andere werden sich erst noch einstellen. Nach den letzten Nachrichten ist der Ankauf des Landes (17 ha für jeden Siedler) abgeschlossen. Die Anpflanzungen für das erste Jahr sind durchgeführt, mit dem Roden des Urwaldes ist begonnen worden und das erste Haus ist in gemeinschaftlicher Arbeit gebaut. Aber eine der mitausgewanderten Frauen schreibt:

„Man ist glücklich, hier zu sein und bedauert nur, dass man nicht schon früher gekommen ist. Ich glaube, das wir uns niemals von hier fortsehen werden.“

Es ist ein vielgestaltiges, vielfarbiges Bild, das diese Emigrantenbriefe aus 23 Ländern zeichnen, manchmal vielleicht zu rosig in der ersten Freude, manchmal vielleicht auch zu grau in der Stimmung mutloser Stunden. Diese Briefe erzählen von Schicksalen von Männern, Frauen und ganzen Familien. Aber es sind doch nur vereinzelte Stimmen aus der grossen deutschen Flüchtlingsgemeinde, die in aller Welt verstreut lebt.

Eine Gemeinde — es ist wirklich eine. Und dass es eine bleibt, dass sie ideell verbunden bleibt, untereinander und mit der Idee, für die jeder Einzelne sein Emigrantenlos auf sich genommen hat und in die Fremde gegangen ist, das lenkt auf eine Aufgabe hin, die aus diesen Briefen so klar und eindrücklich wie noch nie bisher hervortritt und der die Briefsammlung selbst schon dient. Es ist gewissermassen ein anderes „Auslandsdeutschtum“, das hier entstanden ist und das es ideell zu betreuen gilt. Bewegt liest man in diesen Emigrantenbriefen immer wieder von dem festen Willen dieser Flüchtlinge, ihrer sozialistischen Ueberzeugung treu zu bleiben. Der moralische Wert dieses Willens ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Und darum dürfen diese Auswanderer auf keinen Fall vergessen werden. Man lese nur, wie dankbar sie alles aufneh-

men, was ihnen die ideale Verbindung mit ihren Gesinnungsgenossen erhalten hilft. Jeder Brief, jede Zeitung, die ihnen zugesandt wird, jedes Buch ist für sie von bedeutsamer Wichtigkeit. Von einer dänischen Insel, die doch wahrhaftig nicht ausserhalb des Kulturreiches liegt, schreibt ein Genosse, der dort noch keinerlei materielle Not erleiden musste:

„Das einzige, allerdings sehr fühlbare Minus ist die zwar nicht persönliche aber doch geistige Vereinsamung, die drückender wird, je länger sie wirkt. Dieser Zustand kann so zermürbend sein, dass man eine sonst ungünstigere Situation in der Nähe von Freunden vorziehen würde“.

Diese Sätze sprechen aus, was viele empfinden. Und in einem Briefe aus Haifa, der erst nach dem Erscheinen der Briefsammlung eingetroffen ist, schreibt ein Genosse:

„Ihr könnt Euch nicht vorstellen, wie sehr ich mich über Euren Brief gefreut habe, wie sehr ich mich freue über jede Zeile, die ich von Euch erhalte. Es ist immer ein Stück Heimat. Man hat das Gefühl der Zusammengehörigkeit, und über manche trübe Stunde hilft es mir hinweg. Wenn ich auch nie darüber gesprochen habe, so war es mir doch das Liebste, wenn ich unter Euch war. Und wenn es mir dort bei Euch wirtschaftlich auch nicht annähernd so gut gehen würde wie hier, so wäre ich doch wenigstens unter Gleichgesinnten. Ich bin noch nie im Leben nur vom Essen und Trinken satt geworden.“

Es liest sich fast, als wäre da in Haifa eine Bibelzeile noch einmal geschrieben worden: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.“

Geistige Vereinsamung — das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Diese Worte aus Emigrantenbriefen sind Mahnungen, die nicht zu vergessen, die das Schicksal weit über die Erde hin verschlagen hat, die aber alle lieber heute wie morgen freudigen Herzen zu ihrer grossen Mutter zurückkehren würden: zur deutschen Arbeiterbewegung. Auf das geistige Bedürfnis dieser grossen deutschen Emigrantenfamilie, die verstreut zwischen Indien und Chile, zwischen Südafrika und Nordschweden lebt und die doch eine ideelle und geistige Gemeinschaft bleiben will und bleiben muss, hingewiesen zu haben, das ist eine Wirkung, die dieser Sammlung von Emigrantenbriefen aus fünf Erdteilen noch ihre besondere Bedeutung gibt.

Deutscher Wald Oder die neue Sammelrythik

Die neue Lyrik sieht u. a. so aus: Der kleine Fritz zürnt der Mutter, weil sie Papier in den Müllkasten wirft. „Der Lehrer hat gesagt, wenn man ein Stück Papier erspart, bleibt ein grünes Blättchen im Walde am Leben...“ Versonnen blickt Mutter (laut Dresdener Anzeiger vom 15. 12.) bald auf ihr Bübchen, bald in die Weite, sieht den Wald und Fritzchens Satz „steht plötzlich gross und gewaltig vor der Seele der Mutter...“ Nein, denkt sie,

„der deutsche Wald darf niemals sterben. Jedes Blättchen dieses deutschen Waldes muss erhalten bleiben, denn zehn Blättchen Papier in einem einzigen Haushalt an einem einzigen Tage gespart, vervielfacht mit der Anzahl der Haushaltungen eines einzigen Hauses, ergibt das nicht schon bald die Krone eines rauschenden Baumes, die weiter grünen und rauschen darf im deutschen Wald? War das nicht die kleine Arbeit wert? Und sie sammelt und wirbt und streicht Fritzchen, den unbekanntem Sammelknecht des Dritten Reiches:

„So frug denn diese deutsche Mutter die Worte vom gesparten Blättchen Papier, das einem grünen Blättchen im deutschen Wald das Leben erhielt, weiter von Mund zu Mund, von Tür zu Tür, von Haus zu Haus, auf dass im nächsten Sommer wieder die Buchen und die Eichen, die Kiefern und die Tannen ihr ewiges Lied rauschen können, ihr ewiges Lied zum Preise ihrer wunderschönen deutschen Heimat.“

Wir vermissen einiges. Vaters Hose, in der der Holzwarm tickt, ist gar nicht. Mit jedem Flecken, den Vater auf seine Hose setzen lässt, wird ein Baum gerettet;

je glänziger Vaters Sonntagsrock, je abgetragen, schäbiger, desto besser ergeht es dem deutschen Wald. Dafür kann dann der Staat Millionen für Stoffdekorationen und Staffage hinauswerfen, zum Beispiel beim Nürnberger Parteitag oder bei Duce-Besuchen. Und der deutsche Wald muss rauschend einsehen, dass man für cäsarische Schaugespränge sinnlos verpulvern und auch sonst blödsinnige Rohstoffpolitik treiben darf, sofern die ganze Nation dafür darbt und zum Lumpensammler wird.

Es ist die Kunst neudeutscher Volkserziehung, die dümmsten Sünden der Regierenden zu adeln, in deutsche Feld-, Wald- und Wiesenlyrik zu verwandeln und selbst den Eintopf zum längst ersehnten Symbol echten deutschen Wesens zu erheben. Marxistische Hetzer waren es, die dem deutschen Arbeiter das Huhn im Topf wünschten, wahre Liebe zum Volke jedoch bedeutet es, wenn die „Chemnitzer Allgemeine Zeitung“ singt:

Eintopf im Schneel Mag er als Volkerzieher zur Anspruchslosigkeit dem gesamten deutschen Volke das gelehrt haben, was Schiller einmal dem Freund Körner schrieb: „Einfachheit ist das Ergebnis der Reife!“

Das Einfachste ist Dörrgemüse und eine Handvoll Reis. Zu dieser Reife strebt die Politik des Systems ja auch hin, und so hat es Schiller zweifellos gemeint. Wenn man für den Eintopf kühn in die Sterne erteilt, kann man die schlimmste Dummheit als Weisheit belächeln. Schiller und Goethe lassen sich für jede Ausplünderung des Volkes missbrauchen, man muss das Geschäft nur verstehen.

Dem Leser aber wird übel und er bedauert den deutschen Wald, der sein Holz für solche Blätter opfern muss.

Die verrotteten Skandinavier

Dort, wo die Langschädlar am langschändlichsten, die Nordlinge am nördlichsten sind, — von dort her erlebt das Dritte Reich nichts als Kummer und Elend. Die skandinavischen Staaten haben sich gegenüber der faschistisch-nationalsozialistischen Infektion am widerstandskräftigsten erwiesen und werden, im offenen Widerspruch zur rassen-theoretischen Weltanschauung, sozialdemokratisch regiert.

Woher kommt dieser „Widerspruch“? Wie erklärt sich diese materialistisch-marxistische Verseuchung in einer Erdgegend, wo man Wotans Thron nach altgermanischer Ueberlieferung am nächsten ist? Junge Gelehrte des Dritten Reiches bemühen sich, diese Probleme zu lösen. Aber da nun einmal die Tatsache besteht, dass die skandinavischen Menschen sich heute im europäischen Völkergemisch zu den relativ zufriedenen rechnen, so müssen die Autoren des Dritten Reiches viel Gehirn-akrobatik anwenden, um zu beweisen, dass die Schweden, Norweger und Dänen gar kein Anrecht auf eine solche Zufriedenheit besitzen.

Ein Dr. H. G. Wagner wirft den Schweden in einem Aufsatz, den ein grosser Teil der nationalsozialistischen Presse abdruckt, mit erbittertem Ernst vor, dass sie in der heutigen metaphysisch-irrationalen Zeit noch wagten, zu den sogenannten „exakten Menschen“ zu gehören. Was ist das? Dr. Wagner klärt auf:

„Dieser exakte Mensch lebt und stirbt so gründlich wie möglich und so sorgenlos und bequem wie möglich. Das Leben hat für den Durchschnittsschweden scheinbar alles Mühevollle und Kämpferi-

sche verloren, es ist kein grosses Abenteuer mehr, sondern eine bestimmte Reihe von ausgeklügelten Geschehnissen, die sich genau nach Berechnung abspielen.“

Mit anderen Worten: diese ebenso banalen wie würdelosen Schweden haben Schweden haben nicht die Absicht, gefährlich zu leben. „Sie sind der Auffassung, dass ihre Demokratie unter sozialdemokratischer Führung angenehmer ist als das „Abenteuer“, und dass man in ihrem Lande mit politischen Gegnern besser diskutiert, als sie ins Konzentrationslager zu stecken. Diese üblen Schweden haben dazu die Angewohnheit, was Dr. Wagner besonders streng anmerkt, die verschiedenen Weltanschauungen frei umher schweifen zu lassen, statt sich unter die strenge Faust einer einzigen zu begeben.

Das aber ist noch nicht das vollständige Sündenregister der nordischen Länder. Hier haben — immer nach Dr. Wagner — der Sozialismus und der Kapitalismus „den Geldbegriff in einer entente cordiale sublimiert“. In der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft in Deutschland ist bekanntlich im Gegensatz zu Skandinavien der Sozialismus bereits realisiert. So seien denn die Schweden ein schlappes und kulturarmes Volk geworden, mit vielen dunklen Schatten:

„Der Norweger liebt es, durch Prahlerei seine Minderwertigkeitskomplexe zu verdecken. Der Däne zieht die Selbstironie vor und weicht damit vieltem Unangenehmem aus. In der Geschichte der Schweden finden wir Hang zur Träumerei und viel Trotz bei den Finnen die Rechthaberei...“

Bei so vielen rassistischen Krankheitserregern kann das schlimme Ende nicht ausbleiben. Das ist der Pazifismus. Statt sich

Kunst und Rassenwahn

Eine braune Kunstwertungstheorie

Um die Prinzipien brauner Kunstanschauung wird im Dritten Reich viel herum geredet. In der gleichgeschalteten Presse ist es zu einer routinisierten Form der Meckerei geworden, die Auffassungen der nationalsozialistischen Orthodoxie so zu rechtzubiegen, dass Kunst und Geist etwas Luft schnappen können. Infolgedessen bekommt das Ausland keine rechte Vorstellung von dem, was nun eigentlich gilt. Nicht oft redet ein prominenter Brauner so von Kenntnissen ungetrübt drauflos, wie etwa Hitler bei der Eröffnung der Münchner Kunstkasernen.

Nunmehr liegt ein Buch vor, das die Prinzipien nationalsozialistischer Kunstbetrachtung klarlegen will. Es ist im Zentralverlag der Hitlerpartei erschienen und den Kunstkritikern des „Völkischen Beobachters“ gewidmet. Also ein beinahe offizielles Dokument der NSDAP. Der Verfasser, Gerhardt Köhler, legt damit eine Doktorarbeit vor. Als Grundlage und Ausgangspunkt dienen ihm und seinen Helfern die Kunstkritiken und die programmatischen Äußerungen des „Völkischen Beobachters“ von 1920 bis 1932, deren Brauchbarstes er ausgiebig und auszugsweise wieder gibt. Vergessliche Zeitgenossen können daran studieren, was damals, in der „Kampfzeit“, den Künstlern alles versprochen wurde. Zitieren wir einige Beispiele. In einem Aufsatz „Nationalsozialismus und Kunst“ (15. 6. 1925) heisst es:

„Der Künstler muss frei sein! Der freie Künstler nur kann wirken und schaffen, der unfreie Künstler verkümmert... Kunst muss sich von Politik frei halten, deshalb haben alle Personen, die Parteipolitik in die Kunstschüsse hinein tragen, von ihren bisherigen Posten abzutreten...“

Heute muss der Künstler die braunen Parteiparolen beachten oder er kommt auf die schwarze Liste. — Hans Johst fordert (7. 9. 1931) einen kämpferischen Liberalismus: „An jeder Form von Liberalität ist die Kunst stets gestorben. Stärkste Gegensätzlichkeit, ja robustester Kampf entgegengesetzter Gesinnung beherbergt in seiner elementaren Wahrhaftigkeit mehr seelisches Mienentum als windweicher, nach allen vier Windrichtungen offener Opportunismus...“ Wer heute jedoch die „entgegengesetzte Gesinnung“ ganz unrobust, aber echt und lebenswahr sprechen liesse, würde stranguliert. Und wo dürfte Professor Erich Behn heute schreiben:

„Ein wirklicher Künstler, der zeitlose Kunstwerke schafft, wird immer tendenzlos sein, d. h. es ist für ihn ganz unwichtig, welche politische Strömungen gerade da sind. Er wird zwar seine Wurzeln als Deutscher in Deutschland oder als Franzose in Frankreich haben oder welcher Nation er immer angehören mag. Er wird aber in der Leistung, im Wert seines Werkes übernational sein...“

Der grosse Künstler, die grosse Persönlichkeit, steht über allem Augenblicklichen, sowohl über der Erscheinung wie über der politischen Situation jeder Zeit...“

So zu lesen im „Völkischen Beobachter“ vom 24. 4. 1929. Ein Nachwort der Schriftleitung bestätigt, dass des „geschätzten Mitarbeiters“ Auffassung über Künstler und Tendenzkunst „sich durchaus mit unserer Auffassung deckt“, denn „echte und grosse Kunst ist zeitlos.“ Erst dann folgen einige Vorbehalte. Der liberalistische Behn blieb geschätzter Mitarbeiter. Man brauchte so etwas zum Bauernfang, denn hätte man damals ahnen lassen, welch ein Riesenmaulkorb der Kultur im Dritten Reich wartete — die Namhaftesten unter den kulturellen Mitläufern wären mit Protest abgeschwenkt. Niemand unter ihnen ahnte den Riesenbetrug; niemand im braunen Lager wagte in der Kampfzeit zu prophezeien, dass der Impressionismus 1937 in Acht und Bann getan werden würde. Wie liberal, wie demokratisch dürften sich damals Rosenbergs Mitarbeiter gebärden! Und wie lustig kritisierten sie drauflos! „Kritik, um der Kritik willen“, würde Göbbels heute sagen. Und wie eifrig waren sie um die Freiheit der Kritik besorgt. Einen Kerr stellten sie zwar als verabscheuungswertes Asphaltbeispiel hin, aber die Stolzing-Cerny und Wilhelm Weiss (heute Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“ und Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Presse) kopierten eifrig und stolz die Form des „Asphaltliteraten“, kernten in ihren Kritiken drauflos, dass man glauben konnte, Kerr zu lesen, wenn der Witz und die Hellsichtigkeit nicht fehlten (und statt römisch Eins usw. nicht arabische Ziffern dort ständen).

Auf diese ostisch-liberalistisch überlagerten Kritiken des Hitlerorgans stützt sich das Bemühen, eine Art nationalsozialistischer Kunstanschauungstheorie zu zimmern, aber es bleibt ein untauglicher Versuch am untauglichen Objekt. Von den braunen Rassephilosophen übernimmt Adept Köhler eine rassistisch bedingte, geistige Typenlehre, wonach Kunstbetrachtung gebunden ist an das „rassistische Empfinden, des Künstlers wie des Kunstgeniessenden“. Nach langatmigen Erörterungen lautet der magere Schluss:

„Der Mensch selber... ist Angehöriger entweder einer kulturschöpferischen, einer kulturtragenden oder einer kulturzerstörenden Rasse. Er zeugt oder trägt oder vernichtet Kunst und Kultur ebenso wie er sie betrachtet, geniesst und beurteilt. Kunst, Kunstkritik, Kunstanschauung, Weltanschauung und Rasse stehen in engstem Zusammenhang. Und sie sind auch der Weg, auf dem man zur Lösung manch ungeklärter Fragen innerhalb des künstlerischen und kulturellen Geistes- und Seelenlebens vorwärts schreiten sollte.“

Mit anderen Worten: Alles ist im Werden, alles ist im Fluss, unsere Theorie ist noch nicht fertig, trotzdem handhaben wir unsere Rassenpolitik wie ein Fallbeil, denn sicher ist, dass die jüdische Rasse eine kulturzerstörende, die „deutsche Rasse“ dagegen eine kulturschöpferische ist. Und da-

von hat deutsche Kunst und Kunstbetrachtung auszugehen, siehe Rosenbergs Mythos, Hitlers „Kampf“ usw. usw. Dieses Stück „rassegebundener Soziologie“ stolpert über die eigenen Beine, ohne es zu merken. Der Jünger und seine Propheten gestehen zu, dass Seele und Charakter nicht nur von der „rassistischen Erbmasse“, sondern auch von Umweltseinflüssen bestimmt werden, deren Wirkungen nicht zu kontrollieren sind. Umweltseinflüsse aber, z. B. jüdische, können den rassistischen Kern völlig überwiegen. Ergo — und hier kneifen die Rassenmysteriker — braucht ein derart überwachter „Deutschrassiger“ das deutsche Kunstwerk durchaus nicht besser zu verstehen als ein deutscher Jude, dessen „Erbmasse“ von „germanischen Umweltseinflüssen“ überwuchert wird. Und wie steht es mit den Künstlern, deren Rassecharakter undeutsch oder zwiespältig erscheint und die trotzdem Kunstwerke von besonders deutscher Eigenart hervorbrachten? Der dinarische Richard Wagner wurde zum germanischen Dichterkomponisten. Dem Halbjuden Hans von Marées und seinen Bildern rühmten deutschvölkische Blätter preussisch-soldatische Seelenhaltung nach, weshalb er auch in der Münchener Ausstellung für deutsche Kunst hängt. Der Franzosenstämmling Chamisso dichtete die deutschesten Volkslieder, und Heines Loreley wird seit anno dazumal vom deutschen Gemüt am reinsten erfasst. Doch diese und andere Rassenfranktireure haben eben Rosenberg und Günther nicht gekannt, sonst hätten sie anders gedichtet, gemalt und komponiert.

Wie Rosenbergs Jünger allen unbequemen Tatsachen aus dem Wege gehen, so konstruieren sie vom Gegner ein falsches Bild, um darauf ihre bereits wurmstichig gewordenen Thesen zu bauen. Auch in dieser „Kunstsoziologie“ steht zu lesen, dass dieser jüdische Liberalismus, welcher — die geistigen und seelischen Rasseeigenschaften des Juden vollkommen kennzeichnend — „zügellose Freiheit des Einzelnen und Gleichheit aller Menschen“ predigte, jeglichen völkischen Wert verneinte... „Wo hat irgendwelcher Liberalismus das gepredigt? Im ganzen Buche nirgends ein Beleg. Der Liberalismus aller Grade und Farben, bourgeois Gewächs von Haus aus, hat sich im Gegenteil immer gegen alle wirklichen oder vermeintlichen Gleichheitslehren gewehrt und fand sich dabei oft mit der völkischen Reaktion zusammen. — Die Bedeutung und auch vielfach das Vorhandensein der Wellanschauung nebst ihren Auswirkungen innerhalb und ausserhalb der Kunstkritik ist häufig abgestritten worden, und zwar hauptsächlich von dem liberalistischen Individualismus...“ Welch ein hilfloses Gerede. Auch für diesen Unsinn fehlt in dem zitatenreichen Buch jeder Nachweis. Dass sowohl der Künstler wie der Kritiker in ihre Äusserungen abhängig sind von dem Bilde, das sie sich von der Welt machen, ist jedem Primaner geläufig.

Es kommt der braunen Kunstbetrachtung auch nicht darauf an, die Ahnen zu fäl-

schen, wenn es gegen den jüdische Urfeind geht: „Zum Beispiel wird der nordische oder nordisch bestimmte Mensch infolge seiner ganz anders gearteten geistig-typischen Schichtungen rassebedingter Natur ein vom Juden erzeugtes Kunstwerk, wie ein aus Fahrkarten, Drahtstückchen und Klotztpapier zusammengesetztes „Gemälde“ niemals als Kunstwerk aufnehmen können, wie das beim jüdischen oder jüdisch bestimmten Kunstpublikum der Fall ist...“ Der klassische Vertreter dieses deutschen Dadaismus wird nicht genannt, denn er war leider ein Arier namens Karl Switters, und die „jüdische Kunstkritik“ ironisierte seine Spässe. Niemand, ausser den Rassegebundenen, nahm den Dadaismus ernst. Ja, es gab jüdische Kritiker, die sogar den Expressionismus konsequent ablehnten, darunter Alfred Kerr. Sie trafen sich dabei mit völkischen, „nordisch bedingten“ Kritikern, indes andere „nordisch Gebundene“ dem Expressionismus Geschmack abgewannen.

Mit welchem „geistig-typischen“ Schichtungen“ erklärt uns Rosenbergs Adept diese Phänomene? Oder wie steht es mit Liebermanns zahlreichen nordischen Anhängern? Der Verfasser meint mit dem „Völkischen Beobachter“, dem Maler Liebermann müsse „an Hand des rassistischen Wertungskreises bezw. Vergleichsgegenstandes seine Bedeutung als Kunstmaler abgesprochen“ werden. Nur für seine Rasse könne er als guter Maler gelten. Was wird aus den zahlreichen nordischen Malern, die Liebermanns Schüler waren, seine Malerei völlig unbefangenen genossen und ihn als einen der Väter des deutschen Impressionismus schätzten? Der deutschmelnde „Kunstwart“ des nordisch gebundenen Avenarius gar warf eine Liebermann-Mappe in Massenaufgabe unters deutsche Volk. Wessen Erbmasse, wessen „geistige Typenschichtung“ geht hier falsch; die der Liebermann-Nordländer samt dem „Kunstwart“ oder die des ostischen Mischlings Rosenberg und seiner Jünger? Norden wider Osten — wer zählt eigentlich mehr? Wer entwirrt uns solche Rassenrätsel?

Diese wenigen Beispiele genügen, um die Inferiorität und Armseligkeit nationalisistischer Kunstbetrachtung zu entblößen. Unter Mitwirkung des Prof. d'Este-München, „unter dessen Leitung die vorgelegte Dissertation entstanden ist“ und gestützt auf die Werke sämtlicher hakenkreuzerischen Studienräte, hat nun einer versucht, nachzuweisen, dass deutsche Kunstbetrachtung braun sein müsse. Das Ergebnis: ein dilettantisches Rassebetraktäthen, dessen sich selbst der antisemitische Hofprediger Stöcker geschämt hätte und dessen Titel lauten müsste: Die Kunst, die Welt zu fälschen und falsch zu sehen. B. Br.

Beschlagnahmt. Das „Katholische Kirchenblatt für das Bistum Berlin“ ist beschlagnahmt worden. Es enthielt eine Erklärung des Bischofs von Berlin, Graf Preysing.

Der Prozess gegen Niemöller. Für den demnächst beginnenden Prozess gegen Pfarrer Niemöller ist eine Verhandlungsdauer von vier Wochen vorgesehen.

heroisch wie ihre Altvordern zu umgürten, wollen sechzehn Millionen Menschen in dieser „eisernen und welthistorischen Zeit des Umbruchs“ einfach vom Eisen nichts wissen, das sie in so reichlichem Masse produzieren können. Sie denken an ihren Magen und an die „Befriedigung ihrer primitiven Triebe“, wozu noch ein etwas verwickeltes individualistisches Sexualleben gehört.

Nein hier möchte H. G. Wagner nicht leben! Wenigstens nicht auf die Dauer! Er verlangt für die skandinavischen Länder endlich einen „rufenden Propheten“, und so lange der nicht erscheint, sind die Länder der Edda und der Mitgardsonne nicht wert, einem Adolf Hitler den Schemel zu halten. Sie sind trotz ihrer Blondheit die unerlösten Schwarzalben der Wagneroper.

Harald

Das neue Volkslied G'suffa mit der kleinen Müllerin

Die Befreiung vom kulturbolschewistischen Jazz ist noch nicht vollendet. Hin und wieder verirrt sich selbst in den gereinigten Rundfunk ein misstönig brummen-der Saxophon mit verdächtigen Negerhythmen. Trotzdem muss man gerechterweise anerkennen, dass zahlreiche Mitglieder der Reichsmusikkammer am Werke sind, einen neuen Volksliedtypus zu schaffen, der für die Mitglieder der „Volksgemeinschaft“ ebenso sangbar ist, wie einst das Lied von dem Käse, den die Tante zum Bahnhof rollte.

Einige Texte dieses jüngsten kompositorischen Schaffens liegen vor. Zum Ruhme

der „Hauptstadt der Bewegung“ wird bereits überall mit Vehemenz gesungen:

„In München steht ein Hofbräuhaus,
eins, zwei, — g'suffa!
Da rollt der Wirt die Fässer raus —
eins, zwei, — g'suffa!“

Dieses schöne Lied ist, wie uns die braune Presse verrät, besonders bei Werkpausen im Rundfunk beliebt. — Wir vermuten, zur besonderen Ehre des Führers der Deutschen Arbeitsfront, des Herrn Dr. Ley.

Aber noch schöner, noch stärker zum Schunkeln anregend, ist das neue Volkslied von der kleinen Müllerin, dessen erste Strophe folgendermassen lautet:

„Du holde kleine Müllerin,
Wie gerne wär ich bei dir drin!
Wie wohl ich mich dort fühle
In deiner kleinen Mühle!“

Es gab schon einmal eine „schöne Müllerin“ im deutschen Volkslied. Darin war vom Treubruch und einem entzwei gegangenen Ringlein die Rede. Man wird zugeben müssen, dass der neue und vielseitig beliebte Text dem Verlangen nach Bevölkerungszunahme stärker entspricht.

Es gibt noch viele andere Lieder ähnlicher Sinngebung. In einem ist die Rede von einem „schwerer verliebten Gockelhahn, dem eine Gans es angetan“ habe. Mit diesen und ähnlichen Liedern ist ein brauner Schriftsteller namens Martin Sell garnicht einverstanden. Das wären teils Zweideutigkeiten, teils seltsame Kreuzungsversuche, worüber sich Geflügelzüchter sehr wundern würden. Vorsichtig schreibt er: „Es ist in letzter Zeit mehrfach die Rede gewe-

sen von einer neuen deutschen Romantik. Wenn das hier die Vorzeichen sein sollen, so bin ich auf die weitere Entwicklung dieser Kunstrichtung nur gespannt.“

Wir auch!

Fragt uns nicht!

Soll der neudeutsche Mensch fragen? Nein, das soll er nicht. Die Studentenzeitung „Die Bewegung“ zieht wieder einmal gegen die Frager los:

„Wir sind längst darüber hinaus, Anwürfe gegen den «wissenschaftsfeindlichen Nationalsozialismus» auch nur irgendwie ernst zu nehmen... Und es ist auch endgültig jedem klar geworden, dass, wenn man von einer Krise der Wissenschaft sprach, einzig und allein liberale Wissenschaft und ihre Fragestellungen gemeint hat. Ernst Jünger sagte einmal: „Die geistige Unterwerfung vollzieht sich durch Annahme der Fragestellungen, gleichviel, ob man die Antwort bejaht oder verneint.“

Das sagte Jünger, ehe er das Dritte Reich kannte. Inzwischen ist der eine der Gebrüder Jünger ins Ausland geflohen, während der andere auch unter die meckerischen Frager gegangen ist. Und von der Krise der deutschen Wissenschaft spricht heute die gesamte Studentenschaft, obwohl das Hauptorgan versichert:

„Die nationalsozialistische studentische Jungmannschaft hat sich der liberalen Wissenschaft nicht unterworfen, weil sie die liberalen Fragestellungen abgelehnt hat.“

Aber diese glaubensselige „Jungmannschaft“ ist heute in der Minderheit. Die Mehrheit fragt und ist der Meinung, es sei faul um ein System bestellt, das auf logische Fragen nicht logisch antworten kann.

Die Bedeutung

„Im neuen Theater in Rheidt hatten sich am Freitag die Vertreter von Partei und Staat der Städte München-Gladbach-Rheidt und die angesehensten Bürger zu einer festlichen Vorstellung versammelt. Aufgeführt wurde die Komödie von Rudolf Presber „Das Frühstück in Rudolstadt“. Der Abend gewann an Bedeutung durch die Anwesenheit der Mutter und der Schwester von Reichsminister Dr. Göbbels, die Oberbürgermeister Gebauer persönlich in die Ehrenloge geleitete.“

(„Westdeutscher Beobachter“)

Reklambeschlagnahme. Eine Sondernummer des „Stürmer“, des widerlichen Hetzorgans, das zu Hitlers ständiger Lektüre gehört, ist beschlagnahmt worden, da sie Angriffe gegen Behörden gerichtet hatte. In der beschlagnahmten Nummer wurde die Todesstrafe für Rassenschande gefordert. Dies ist die erste Beschlagnahme des Streicherorgans im Dritten Reich.

Holzangel. Deutsche Ersatzstoffe werden aus Holz hergestellt. Damit genug Holz vorhanden ist, muss der Brennholzverbrauch eingeschränkt werden — laut Erlass des Reichsforstmeisters. Ein Loch zu, ein anderes auf.

Branne Korruption. In Düsseldorf wird gegenwärtig der Oberrazi Esch prozessiert, der als Steuerrichter 600 000 Mark unterschlagen hatte. Der „Neue Vorwärts“ hat seinerzeit in diesen braunen Sumpf tief hineingeleuchtet.

Die asoziale Grossfamilie

Eine neu entdeckte Gefahr für die Volksgemeinschaft

Mit der wissenschaftlichen Tat des Kopernikus verglich auf dem letzten Nürnberg Parteitag Hitler die rassehygienische Theorie des Nationalsozialismus. Durch die neu entdeckte Zuchtmethoden sollte die Aufwärtsentwicklung der nordisch-germanischen Rasse innerhalb der Grenzen des Dritten Reiches für tausend Jahre gesichert sein. Waren erst die Juden durch das Rassengesetz ausgeschaltet und die Erbuntauglichen kastriert, dann ging es — heidi! — an das grosse Kindermachen, und die ganze Welt sollte staunen, was für eine Prachtstrasse dabei herauskam.

Es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht. In der Zeitschrift „Der öffentliche Gesundheitsdienst“ vom 20. 11. 1937 veröffentlichte Dr. Wolfgang Knorr, Leiter des rassepolitischen Amtes der Gauleitung Sachsen, einen Aufsatz über die Gefahren, die der Aufzucht des nordischen Menschen drohen, nicht von den Juden und auch nicht von den Erbuntauglichen, sondern — man halte sich fest! — von den „asozialen Grossfamilien“, auf deutsch: von den Leuten, die unbedacht, im Vertrauen auf die öffentliche Fürsorge, zuviel Kinder in die Welt setzen.

Bisher hatte man diese Kinderreichen den säumigeren Volksgenossen als leuchtende Vorbilder hingestellt. Man traut seinen Augen kaum, wenn man jetzt liest, wie lieblos Dr. Knorr mit ihnen umgeht:

„Wichtig ist für uns folgende Ueberlegung:

ein grosser Teil des asozialen Untermenschentums ernährt sich einfach durch Kinderproduktion.

Wer sich einmal genau mit der Mentalität dieser Leute beschäftigt hat, merkt, wie allein schon die jährlich zu erwartende Geburtshilfe der Krankenkasse im „Elat“ eingerechnet wird. Dadurch, dass diese Leute sich von vornherein darauf einstellen, dass die Gesamtheit ihnen die Hauptlast für die Kinder abnimmt, sie andererseits aber durch ihre grosse Kinderzahl eine Summe von Vergünstigungen erhalten, werden Leute

systematisch zum Kinderkriegen angehalten.

Sie selbst bezeichnen sich natürlich als diejenigen, die schon seit vielen Jahren die bevölkerungspolitischen Forderungen des Dritten Reiches in die Tat umzusetzen begonnen hätten.

Die erste Feststellung, die wir bei allen Familien mit hoher Kinderzahl treffen können, ist, dass allgemeinen nur der kinderreich wird, der sehr jung heiratet. Jung heiraten konnten aber bisher nur zwei Gruppen von Menschen: erstens derjenige, der besonders tüchtig und leistungsfähig ist, es in seinem Beruf sehr bald zu etwas bringt und sich dann die Ernährung und die Erhaltung einer Familie zutraut, zweitens aber derjenige, der von vornherein hemmungslos der Meinung ist, dass die Gesamtheit für seine Kinder aufzukommen habe, wie er ja auch selber dank öffentlicher Fürsorge ein zwar sehr wenig arbeitsreiches aber für ihn zufriedenstellendes Leben führt.

Die Gründung der asozialen Grossfamilie geschieht durchweg in einem Alter des Mannes zwischen 20 und 25 Jahren, nachdem bereits ein oder mehrere uneheliche Kinder vorhanden sind.

In diesem Falle pflegt der Herr Papa dann zu erklären, die Fürsorgesätze lägen günstiger, wenn man nunmehr eine offizielle Familie gründe, worauf dieses dann geschieht und die weitere Kinderproduktion legalisiert wird.

Jede bevorzugte Arbeitsvermittlung auf Grund einer gewissen Kinderzahl an sich hat sich in der Praxis als falsch erwiesen, weil nach der ersten Lohnzahlung alle diejenigen Asozialen wieder davonliefen, die gar nicht arbeiten wollten und sich nur aus Angst vor einem eventuellen Entzug der Unterstützung zur Arbeit gemeldet hatten. Mit dieser Feststellung soll keineswegs gesagt sein, dass wir den Asozialen bewusst auf die Dauer mit Arbeit verschonen wollen. Solange aber Arbeitsplätze nur in beschränkter Weise frei sind, kommen diese nur für wirklich Arbeitswillige und wertvolle Familienväter in Frage. Um die Asozialen auf eine nutzbringende Weise in den Produktionsprozess einzuzugreifen, bedarf es sowieso härtere Methoden als einer einfachen Arbeitsbeschaffung.

Bei den nie aufgehenden Streitigkeiten zwischen Hauswirten und Kinderreichen kann man sich nur dann mit Recht und Aussicht auf Erfolg für den Kinderreichen einsetzen, wenn man die Gewissheit hat, dass man eine wirklich wertvolle Familie zu vertreten hat. Ebenso

haben Hauswirte, Bezirksfürsorgeverbände, Gemeinden usw. ein Recht darauf, vor den Forderungen des Lumpenproletariats geschützt zu werden.

Wer da meint, mit dieser Umwertung aller rassepolitischen Werte sei der Gipfel der Burleske schon erreicht, der irrt. Haargenau weist Dr. Knorr nach, dass die bisher beliebten Methoden der Rassehygiene keineswegs zur Aufzucht nordischer Edelinge führe, sondern im Gegenteil zu einer Ueberschwemmung Deutschlands mit marxistischen Untermenschen. Man höre ihn selbst:

„Die Gemeinschaftsunfähigen gelten nach rein medizinischer Auffassung als erbgene, werden in ihrer Fortpflanzung in keiner Weise behindert und überschwebmen das Volk in Zukunft mit ihrer unbrauchbaren Nachkommenschaft. Man kann soweit gehen und sagen, dass in diesen Leuten der Marxismus, den wir politisch zerschlagen haben, biologisch wieder heranwächst

als eingeborener Hass des Untermenschen gegenüber dem rassisch höherwertigen. Zu erörtern, welche Mittel zu ergreifen sind, um diesem Ueberhandnehmen der Asozialen Einhalt zu tun, ist nicht Sinn dieses Aufsatzes. Ich will hier nur zu bedenken geben, wie gross diese Gefahr allmählich werden kann. Die Durchschnittskinderzahl beträgt nicht zwei, wie beim Durchschnitt der Bevölkerung, sondern sechs. Während der Durchschnittsdeutsche mit fast 30 Jahren zur Ehe kommt, wird der Asoziale mit etwas über 20 Jahren zum ersten Mal Vater. Das bedeutet vier bis fünf Generationen gegenüber drei pro Jahrhundert.“

Man stelle sich vor: dreimal stärkere

Vermehrung bei fast doppelt so schnellem Generationswechsel, was das in tausend Jahren wohl ausmacht! Die Haare können einem dabei zu Berge steigen.

Was tut man dagegen? Nun, man tut, was man in Fällen der Verlegenheit in totalitären Staaten immer tut: man richtet zunächst einmal eine neue Kartei ein. Da wird nicht nur mehr zwischen Erbtuglichen und Untauglichen nach ärztlichen hygienischen Gesichtspunkten unterschieden, sondern es werden auch — man kann hier wohl nicht sagen die Böcke von den Schafen — sondern die Böcke von den Böcken getrennt, wobei unklar bleibt, was mit den „Asozialen“ geschehen soll: die Kinder sind doch nun einmal da! Zunächst werden die Bünde der Kinderreichen mit Hilfe der Kartei von asozialen Grossfamilien gesäubert.

Soweit also ein Ergebnis sichtbar wird, ist es dies: es werden wieder einmal in der Verwaltung des Dritten Reichs objektive Masstäbe durch subjektive Wertungen ersetzt. Die kinderreichen Familien können auf Grund ihrer Kinderzahl keine Ansprüche mehr erheben. Ob sie der Förderung würdig sind, oder ob sie mit den asozialen Grossfamilien in den Orkus geschleudert werden, das entscheidet von Fall zu Fall der Herr NSV-Leiter oder der Gauleiter oder irgend ein anderer brauner Bonze. So ist man auf dem besten Wege das alles überflutende Gesinnungslumpenproletariat des Dritten Reichs um eine neue besonders ekelhafte Sorte zu vermehren: die katzbuckelnd kriechenden, schmeichelnden, speichelnden, gesinnungheuchelnden kinderreichen Familien.

Was soll bei dieser Zucht aus dem deutschen Volke werden? Bei dem Gedanken hört der Spass auf. Da packt einen wirklich das Grauen!

Steigende Sterblichkeitsziffern Eine Anklage gegen die Diktatur

Der Erfolg einer Gesundheits- und Sozialpolitik lässt sich am ehesten nach der Entwicklung der Krankheits- und Sterblichkeitsziffern beurteilen. Wenn über einen längeren Zeitraum hinweg die Krankheitsziffer eines Volkes sinkt, so darf daraus geschlossen werden, dass hygienische und sozialpolitische Massnahmen die Besserung der Gesundheitslage bewirkt haben. Erst recht spricht ein andauernder Rückgang der Sterblichkeitsziffern für den hohen Wert einer Sozialpolitik, die vor allem auf den Schutz der breiten Volksschichten abgestellt ist.

Es ist für den Charakter des bestehenden Regimes kennzeichnend, dass ein Vergleich des statistischen Materials aus den vier Jahren, die es jetzt auf dem deutschen Volke lastet, mit einer gleichen Zeitperiode aus der Weimarer Republik sehr zu seinen Ungunsten ausfällt. Nehmen wir einmal die Sterblichkeitsziffern aus den letzten vier Jahren vor der Aufrichtung der Diktatur. Nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich kamen auf je tausend Einwohner in den nachstehenden Jahren Sterbefälle:

1929	12,6
1930	11,1
1931	11,2
1932	10,8

Obwohl diese 4 Jahre Jahre einer steigenden Wirtschaftsnot waren, die mit ihren furchtbaren Krisenwirkungen auch die Gesundheitsentwicklung der ärmeren Bevölkerungsschichten ungünstig beeinflussten, hat sich die Sterblichkeitsziffer doch erheblich gesenkt. Von 12,6 Sterbefälle auf je tausend Einwohner im Jahre 1929 blieben im Jahre 1932, dem schlimmsten Krisenjahr, nur noch 10,8 übrig. Die Abnahme der Sterblichkeitsziffer beträgt demnach mehr als 14 Prozent!

Dieser Rückgang der Sterblichkeit trotz einer vorher nie erlebten Massenarbeitslosigkeit war unzweifelhaft eine Wirkung des hoch ausgebildeten Fürsorgewesens, des weitgehenden gesundheitlichen Schutzes, dessen sich gerade die Armen erfreuen durften, und des hohen Standes der Sozialpolitik überhaupt. Wären diese von der Sozialdemokratie erkämpften Massnahmen

und Einrichtungen in jenen schlimmen Krisenjahren nicht vorhanden gewesen, dann würde die Sterblichkeit nicht ab-, sondern zugenommen haben.

Seit 1930 triumphiert die nationalsozialistische Diktatur. Vom gleichen Jahre an ist ein Steigen der Sterblichkeitsziffern festzustellen. Wieder auf je tausend Einwohner kamen nach dem 2. Oktoberheft von „Wirtschaft und Statistik“ Sterbefälle:

1933	11,2
1934	10,9
1935	11,8
1936	11,8

Diese Jahre sind Jahre einer aufsteigenden Wirtschaftskonjunktur gewesen. Nach den Versicherungen der Diktatoren soll das deutsche Volk nicht nur besser leben als früher, sondern es soll sogar glücklich leben. Aber dennoch ist die höchst ungünstige Entwicklung der Sterblichkeit selbst aus der amtlichen Statistik des Dritten Reiches nicht wegzuleugnen. Der Abnahme um 14 Prozent in den letzten vier Jahren der Weimarer Republik steht eine Steigerung der Sterblichkeit in den ersten vier Jahren der Hitlerdiktatur gegenüber 1932, um rund 10 Prozent gegenüber. Dabei müsste mit dem Verschwinden der Massenarbeitslosigkeit und der Besserung der Wirtschaftslage sich der Gesundheitszustand des deutschen Volkes gebessert und die Sterblichkeit abgenommen haben.

Dass aber das Gegenteil festzustellen ist, hat seine Ursache in der Vernichtung aller wohlfahrtsfürsorgereichen Einrichtungen, in der Zertrümmerung des Volksgesundheitswesens — sogar die gesundheitlichen Massnahmen für die Schulkinder sind abgebaut worden — und dann vor allem in dem radikalen Abbau der sozialen Schutzmassnahmen für das arbeitende Volk. Die Wirkungen dieser unsozialen Politik sind noch verschärft worden durch die unnatürliche, schlechte Ernährungsweise, zu der jetzt die Massen des Volkes gezwungen werden.

Gibt es eine grössere Anklage gegen die Diktatur als die, dass in den Jahren ihres Wirtschaftsaufbaues die Sterblichkeit des deutschen Volkes um 10 Prozent gestiegen ist!

Drittes Reich in Kurze

Kleine Notizen

Nach der neuesten vorläufigen Berechnung machen die Steuer- und Zolleinnahmen des Reichs, der Länder und Gemeinden im Jahre 1937 mit mehr als 18 Milliarden Reichsmark nahezu 27 Prozent des gesamten Volkseinkommens aus. Da ausserdem alle Arbeiter, Angestellten und Beamten verpflichtet sind, Beiträge zum Winterhilfswerk, der Arbeitsfront und anderen zahlreichen nationalsozialistischen Sammlungsaktionen zu leisten, muss der Betrag, der durch Steuern, Zölle und ähnliche finanzielle Zwangsleistungen vom deutschen Volk im Dritten Reich eingebracht werden muss, auf wenigstens 30 Prozent des Volkseinkommens geschätzt werden. Im Jahre 1929 machten die Steuer- und Zolleinnahmen nur 18,8 Prozent des Volkseinkommens aus.

Während selbst im schwersten Krisenjahre, dem Jahre 1932, es dem deutschen Volke möglich war, 50,2 Prozent des Volkseinkommens für Nahrungsmittel und Artikel des täglichen Bedarfs im Einzelhandel auszugeben, sanken die Einzelhandelsumsätze bis zum Jahre 1936 auf 44,4 Prozent ab. 1937 wird mit einer Zunahme von etwa einem Prozent gerechnet.

Die schleichende Inflation im Dritten Reich wird dadurch gekennzeichnet, dass der Geldumlauf im Jahre 1933 5,4 Milliarden Reichsmark betrug, 1937 dagegen mehr als 7 Milliarden Reichsmark. Dazu kommen für mehrere Milliarden Reichsmark Schatzanweisungen und öffentliche Wechsel.

Der Ruhrkohlen-Absatz ist im Dezember auf 280 000 t pro Arbeitstag zurückgegangen. Im November hatte er arbeitstäglich 292 000 t betragen.

Die wahnsinnige Autoraserei im heutigen Deutschland ist von einer ansteigenden Welle von tödlichen Verkehrsunfällen begleitet. Allein in den Gemeinden mit über 15 000 Einwohnern ist die Zahl der bei Verkehrsunfällen tödlich verunglückten Personen von 7 528 im Jahre 1933 auf mehr als 10 000 Personen im Jahre 1937 gestiegen. Kamen 1933 auf 100 000 Einwohner 25 tödliche Unglücksfälle, so im Jahre 1937 auf die gleiche Einwohnerzahl 31. Die Zahl der im gesamten Reichsgebiet tödlich verunglückten Personen überhaupt ist von 22 460 im Jahre 1933 auf 27 783 im Jahre 1935 gestiegen. 67,9 Prozent aller tödlichen Unglücksfälle sind durch Automobile und Motorräder verursacht worden.

Bei der Schultheiss-Patzenhofer-Brauerei A. G. in Berlin hat sich der Betriebsertrag von 64 Millionen im Geschäftsjahr 1933-34 auf 79,6 Millionen im Geschäftsjahr 1936-37 erhöht. Das entspricht einer Steigerung um etwa 25 Prozent. In der gleichen Zeit haben die Ausgaben für Löhne und Gehälter eine Erhöhung von 16,6 auf 18,3 oder um kaum 12 Prozent erfahren.

Bezugspreise

Der «Neue Vorwärts» kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1,50 Frs (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs). Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise fuer das Quartal stehen in Klammern).

Argentinien Frs. 0,30 (3,60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), C. S. R. Kč 1,40 (18.—), Danzig Guld. 0,45 (5,40), Deutschland Mk. 0,25 (3.—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1,50 (18.—), Grossbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lit. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54.—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2,45 (29,50), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Oesterreich Sch. 0,40 (4,80), Palästina P. Pf. 0,020 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,35 (4,20), USA 0,08 (1.—).

Einzahlungen koennen erfolgen: Paris Credit Commercial de France, N° 529111 Tschechoslowakei: Zeitschrift «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Warschau 194.797 Schweiz: «Neuer Vorwärts» Karlsbad, Zürich Nr VIII 14.697. Rumänien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Bukarest, Konto «Neuer Vorwärts», Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto «Neuer Vorwärts» Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto «Neuer Vorwärts», Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

